

LÜBECKISCHE BLÄTTER

- **Aufgeheizte Diskussion:
AKW-Trümmer nach
Niemark?** 73
- **Eine Turmgeschichte
aus Schlutup** 76
- **Chronik Februar** 78
- **Links, Rechts oder
doch lieber die Mitte?
Anmerkungen zur
Deformation der
Öffentlichkeit** 80
- **Der Getreidespeicher
„Die Eiche“** 84
- **Malte C. Lachmann
wird Schauspieldirektor
im Theater an
der Beckergube** 86
- **Musikgeschichte:
1986, ein Weber-Jahr
in Lübeck** 88
- **Impressum** U3



Umfangreichster Wohnmarkt- bericht Lübecks

Immotion

DAS IMMOBILIENMAGAZIN DER SPARKASSE ZU LÜBECK



WOHNMARKTBERICHT

Alle Stadtteile mit detaillierten Lagekarten, Kaufpreisen, Mieten und Renditen

IN LÜBECK ZU HAUSE

Wir geben Einblicke in unsere Region

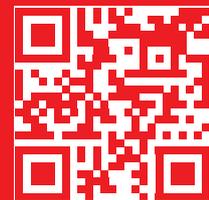
AUS IDEEN WERDEN PROJEKTE

Wo sich Lübeck weiterentwickelt

- Alle Stadtteile mit Detailwissen, Kaufpreisen, Mieten und Renditen
- Tipps zum Kauf, Verkauf, Finanzierung und Versicherung

Jetzt kostenlos anfordern unter
0451/147-147
oder unter

[www.sparkasse-luebeck.de/
Wohnmarktbericht](http://www.sparkasse-luebeck.de/Wohnmarktbericht)



Verlässlich und nah.



Immobilien

Sparkasse zu Lübeck



LÜBECKISCHE BLÄTTER

13. März 2021 · Heft 5 · 186. Jahrgang · Zeitschrift der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit

Die Bürgerschaftssitzung im Februar

AKW-Trümmer nach Niemark?

Stark aufgeheizte Diskussion mit Umweltminister Albrecht

Von Burkhard Zarnack

Im Mittelpunkt dieser Bürgerschaftssitzung stand der Besuch des Umweltministers Jan Philipp Albrecht aus Kiel – der Bericht über die Diskussion mit ihm soll auch ganz im Mittelpunkt stehen; aber zunächst wichtige Vorgänge und Beschlüsse der Bürgerschaftssitzung: Die Wahl des stellvertretenden Stadtpräsidenten stand noch aus und wurde in der Tagesordnung nach vorn gerückt. Die SPD schlug einen ihrer erfahrensten Abgeordneten, Ulrich Pluschkell, vor. In geheimer Abstimmung erhielt er 37 Stimmen, bei sieben Gegenstimmen und einer Enthaltung. Die Fraktionen gratulierten.

Verkehrsberuhigungsmaßnahmen

In der Reihe verschiedener Berichte, die der Bürgerschaft zur Abstimmung vorlagen, ragte der Bericht über den Zwischenstand der Verkehrsberuhigungsmaßnahme Beckergrube heraus. Im Bauausschuss war über den Vorschlag der Bauverwaltung gesprochen worden, die Straßendurchfahrt im oberen Bereich auf 4,50 Meter zu verengen. Mit dieser Maßnahme würde man den Theatervorplatz noch weiter vergrößern, was diesem Platz in der Gesamtbaumaßnahme optisch und repräsentativ entgegenkäme.

Der überwiegende Teil des Bauausschusses erhob praktische Bedenken, weil dann die Durchfahrtmöglichkeiten des ÖPNV stark behindert würden. Zwei Gelenkbusse im Gegenverkehr könnten diese Stelle nicht mehr passieren. Der Vorschlag

fand auch im Stadtparlament keine Mehrheit; es wurde aber betont, dass die Baumaßnahme trotz dieser (Teil)-Ablehnung insgesamt gutgeheißen wird. Bausenatorin Joanna Hagen, die im Zusammenhang mit dem Verkehrskonzept Innenstadt zu Wort kam, hofft, den Verkehrsversuch Beckergrube nach seinem Abschluss in eine reguläre Verkehrsberuhigungsmaßnahme überführen zu können, ohne allerdings näher zu erläutern, was sie unter der von ihr geäußerten Umwandlung der Beckergrube – oder eines Teils – in eine

über die Räumlichkeiten der Völkerkunde wurde nicht geführt. Zur Erinnerung: zumindest zwei zentrale Fragen sind nach wie vor ungelöst: Wann stehen Ausstellungsflächen für die Völkerkunde zur Verfügung? Wie entwickelt sich der Plan, das Landeszentralbankgebäude zu erwerben und zu verwenden?

Handel und Verkehr: Innenstadt kontra „Grüne Wiese“?

Ein Versuch der Grünen, den (Verkehrs-)Rahmenplan Innenstadt, der auf 15 Jahre angelegt ist, zu beschleunigen, traf auf Widerstände und Skepsis. Christopher Lötsch (CDU) befürchtet bei Beschleunigung dieser sorgfältigen Planung ein Scheitern und stufte den Versuch der Grünen als „extrem fahrlässiges Handeln“ ein. Senatorin Hagen hofft – nicht nur hinsichtlich der Beckergrube – auf Fördermittel des Bundes. Im Fokus der Bauverwaltung stünden

im Moment: Abschluss des Versuchs Beckergrube, Planungen einer Stadtgrabenbrücke und Erneuerungsmaßnahmen für die Breite Straße.

Zur Diskussion stand in diesem Zusammenhang auch die wirtschaftliche Situation des Einzelhandels in der Innenstadt in Corona-Zeiten – und natürlich in der Zeit danach (Auslöser auch hier: die Beinahe-Schließung der Karstadt/Kaufhof-Häuser). Tenor: Der Rahmenplan Innenstadt müsse angepasst werden. Die Grünen forderten ein Moratorium für die



Lübeck-Stadtplan mit Einzeichnung der geplanten Fußgängerbrücke (Foto: © LN)

„unechte Einbahnstraße“ versteht.

Völkerkunde

In Corona-Zeiten darf die Kultur nicht vernachlässigt werden. Erfreulich ist in diesem Zusammenhang die Zuwendung eines Kieler Stifters, seine umfangreiche afrikanische Sammlung dem Völkerkunde-Museum in Lübeck ohne Bedingungen zur Verfügung zu stellen bzw. zu überlassen.

Die Bürgerschaft stimmte für die Annahme des Nachlasses. Eine Diskussion

Foto auf der Titelseite: Das Haus Breite Straße 27 am 5. März 2021; Leerstand, wie allerorten im Zentrum.

(Foto: BZ)



Die jetzige Fahrbahnbreite kann durch den Bus gut abgeschätzt werden: Eine Verengung würde in der Tat die Begegnung zweier Busse ausschließen. Wäre es eigentlich ein Problem, wenn ein Bus einen Moment warten müsste? Mit einer Verbreiterung an dieser Stelle würde der Platz vor dem Theater den Namen Vorplatz verdienen. Das wäre eine Bereicherung! (Foto: BZ)

weitere Bebauung der „Grünen Wiese“. Sie mussten sich aber anhören, dass auch die dort vertretene Geschäftswelt unter der Krise und der Ausweitung des Online-Handels stark leide; nicht nur die Innenstadt. Das Problem wird im Fokus bleiben und spätestens dann wieder auf der Tagesordnung stehen, wenn die wirtschaftlichen Auswirkungen für Handel und Kultur nach der Corona-Krise beleuchtet werden.

In diesem Zusammenhang führte Thomas-Markus Leber (FDP) in einem interessanten Überblick an, welche Firmen bzw. Läden in den letzten Monaten Insolvenz angemeldet oder ihre Schließung angekündigt hätten. Die Liste war nicht kurz, und er kam zu dem Ergebnis, dass auch Betriebe und Unternehmen im Citti-Markt bzw. im LUV-Center betroffen seien. Sein Vorschlag: eine Art „Headhunter“ für die Belebung der Geschäftswelt in der Innenstadt zu suchen.

Es war im Rahmen dieser Debatte dann auch folgerichtig, wenn Claudia Treumann-Greiff (CDU) forderte, die Konfrontation zwischen „Grüner Wiese“ und Innenstadt aufzubrechen; stattdessen über eine kommunale Wirtschaftsbelebung und -förderung nachzudenken. Die Nöte des Handels in der Stadt seien in manchen Bereichen dramatisch.

Die Diskussion mit Umweltminister Jan Philipp Albrecht

Der Minister traf fast eine Stunde früher als angekündigt ein. Er wurde durch den stellvertretenden Stadtpräsidenten begrüßt und sogleich, nach einer kurzen Ansprache, mit den ersten Statements der Fraktionsvorsitzenden Peter Peterreit (SPD) und Oliver Prieur (CDU) zum Teil

heftig attackiert. Beide verwarnten sich energisch gegen den im LN-Interview von Albrecht erhobenen Vorwurf, die ablehnenden Fraktionen der Lübecker Bürgerschaft würden falsche Begriffsbezeichnungen benutzen und die Ängste der ortsansässigen Bevölkerung in einer Anzeige schüren. Nicht nur von ihnen – den Fraktionsvorsitzenden – wurde eine Entschuldigung Albrechts gefordert und natürlich die Rücknahme der Einlagerungsabsicht.

Das Zehn-Mikrosievert-Konzept (0,1 Ms ist die natürliche Belastung pro Stunde)

In den Ausführungen Albrechts wurde deutlich, wie er bzw. sein Haus den Vorgang der Einlagerung sowie vor allem die Strahlenbelastung bewerten. Vor dem Hintergrund seiner Begriffsdefinition von Strahlenbelastung – dem sogenannten Zehn-Mikrosievert-Konzept – stellte er klar, dass der einzulagernde AKW-Bauschutt weder radioaktiv noch mäßig radioaktiv belastet, wie in der o.g. Anzeige behauptet, sondern „frei gemessen“ sei. Das bedeutet: Es ist „normaler Bauschutt“, der als „nicht gesundheitsgefährdend“ eingestuft wird – internationalen Auffassungen folgend. Das Zehn-Mikrosievert-Konzept sei vom Gesetzgeber (Bund und Land, auch von SPD und CDU) als Standard beschlossen worden und werde im Zusammenhang mit der Zuweisung, strikt kontrolliert, zur Anwendung kommen. Bezahlt werde die Freimessung nicht vom Steuerzahler – so stellte Albrecht richtig, sondern vom AKW-Betreiber. Die anderslautende Anzeigen-Information sei (auch) falsch.

Albrecht, der selbst seine politischen Wurzeln in der Anti-AKW-Bewegung

Niedersachsens verortete, wie er zu Beginn ausführte, räumte ein, dass die Bevölkerung gegenüber den AKW-Trümmern Ängste und Vorbehalte entwickelt habe. Dafür signalisierte er sein Verständnis. Dieses grundlegende Misstrauen könne aber nur abgebaut werden, wenn informiert werde und ein Austausch über das geplante Prozedere stattfindet, um Vertrauen herzustellen.

Die Trümmermengen

Nach der Reihe von Abgeordneten kam auch Bürgermeister Lindenau zu Wort. Zum Thema Trümmermengen behauptete er in einem kurzen Redebeitrag, dass seine Verwaltung nie exakt über die geplanten Mengen an AKW-Bauschutt informiert worden sei. Die angegebene Menge von insgesamt 50.000 Tonnen decke sich in keiner Weise mit den zunächst genannten 250 Tonnen, die nach Niemark verbracht werden sollen. Inzwischen sei von 12.500 Tonnen die Rede. Jan Backmann (Leiter der Atomaufsicht im Umweltministerium), der zur Ministerdelegation gehörte, betonte, dass er in einem Brief an die Stadt Lübeck 2019 diese 50.000 Tonnen-Zahl (Gesamtmenge des Abbruchmaterials) genannt habe. Detlev Stolzenberg bestätigte, dass die o.a. Zahl erstmals auf einer Sitzung im Werkausschuss gefallen sei. Senator Hinsen betonte, dass seine Verwaltung von den Zahlen, „die vorher nicht kommuniziert“ wurden, überrascht gewesen sei.

„Dann weisen Sie den Müll doch zu!“

Eine (weitere) Zuspitzung der kritischen Auseinandersetzung erhielt die Diskussion, als der Minister auf ein Treffen mit den Fraktionsvorsitzenden Peterreit und Prieur vor einem Jahr verwies, in dem beide ihre unnachgiebige Haltung in der Frage der Müllzuweisungen betonten und am Ende vom Minister forderten: „Dann weisen Sie den Müll doch zu.“

Thomas Rathcke (FDP)¹ nahm diese Szene zum Anlass, um die Frage nach den Strategien der beiden großen Fraktionen zu stellen. Hatten sie es auf diese Zuspitzung angelegt? War bzw. ist dieses Thema ein willkommener Anlass, um es vor dem Hintergrund einer AKW-Trümmer-skeptischen Einstellung der Bevölkerung auf die

¹ Die Haltung der FDP-Fraktion wurde in meinem vorigen Bericht falsch dargestellt; sie ist für Verhandlungen mit dem Minister im Zusammenhang mit der Zuweisung der AKW-Trümmer nach Niemark

große Bühne zu heben und – letztlich aus wahltaktischen Überlegungen – die große Show auszutragen, und sich die Ängste der Anwohner zunutze zu machen? Eine Meinungsumfrage würde diese Stimmung eher noch befeuern!

Bernhard Simon (CDU) wies diese Vermutung Rathckes als Interpretation zurück und meinte, die (oben zitierte) Äußerung sei als Ergebnis dieses erfolglosen Treffens gefallen.

Transparente und Zwischenrufe

Unterbrochen wurde die Sitzung durch Beschwerden über aufgehängte Transparente und unstatthafte Zwischenrufe von den Zuschauerreihen. Hier erwies sich die Diskussionsleitung von Ullrich Pluschkell als überfordert, denn erst nach wiederholter Aufforderung wurden die Transparente entfernt. Auch despektierliche Äußerungen, z. B. von Burkhard Eymmer (CDU) wurden vom Präsidium nicht sanktioniert.

Gegen Ende der Diskussion blitzte in der aufgeheizten Stimmung vorübergehend mehr Sachlichkeit auf, und zwar in denjenigen Momenten, als Abgeordnete informationserhellende Fragen an den Minister und seine Abordnung stellten. Hier eine Auswahl, die keinen Anspruch auf Vollständigkeit erhebt. Erlaubt sei in diesem Zusammenhang die Bemerkung, das die Stadt die Bürger über die hier angesprochenen Sachverhalte bisher nicht informiert hat; zumal das Thema Müllzuweisung bereits seit mehr als einem Jahr diskutiert wird (in den Ausschüssen schon wesentlich länger): Hat die Stadt keine Informationspflicht gegenüber ihren Bürgern?

- Warum gibt es vor Ort keine Ablagerung in Brunsbüttel? Antwort: Das Gebiet wird als hochwassergefährdetes Gebiet eingestuft. Als das AKW Brunsbüttel gebaut wurde, gingen nur einige wenige Wissenschaftler von einer Hochwassergefährdung bzw. steigender Meeresspiegel aus; diese Warnungen schlugen in die Öffentlichkeit erst mit der Klimadiskussion durch.
- Existieren keine Deponien in Dithmarschen? Antwort: Es gibt dort zzt. keine Deponien, die geeignet sind für die Aufnahme. Die Einrichtung neuer Deponien hat eine Verfahrensdauer von mindestens zehn Jahren.
- Ist der lange Transportweg nach Niemark (120 km) mit ca. 1.000 LKW-Ladungen nicht eminent klimafreundlich bzw. -belastend? Antwort: Wenn in Schleswig-Holstein kein Deponie-



Die Breite Straße im unteren Ende. Sie soll verschönert und ausgebessert werden. Das Pflaster hat – wie man sieht – ziemlich gelitten (Ursache u. a. schwerer Zulieferverkehr) (Foto: BZ)

Platz gefunden wird, würde der Müll andernorts verbracht werden müssen; diese Entfernungen seien auf jeden Fall deutlich größer.

- Was ist mit den Deponien Harrislee und Großenaspe? Antwort: Diese Deponien seien nicht oder noch nicht geeignet für die Aufnahme des Mülls.
- Wie kam es zum (bereits vorhandenen) Müll-Stau in Brunsbüttel? Antwort: Im Moment lagern dort 250 Tonnen auf dem Werksgelände, die unbedingt verbracht werden müssen und die aus früheren Freimessungen entstanden.
- Wird der Minister seinen Widerstand gegen Freimessungen vor Ort (0-Messungen) aufgeben? Antwort: Messungen vor Ort seien weder vorgesehen noch technisch möglich und müssen deshalb auf dem Werksgelände in Brunsbüttel vorgenommen werden
- Erfolgt auf dem Werksgelände eine Dekontamination? Antwort: Ja, die Mülltrennung erfolgt unter Strahlenschutzbedingungen. Das gesäuberte Produkt geht in die Freimessung.
- In welcher Form erfolgt die Ablagerung auf der Deponie? Antwort: Die Trümmer werden, sofern sie nicht für eine Weiter- bzw. Wiederverwendung recycelt werden können, in die Deponie eingebaut und bedeckt. Die Orte der Einlagerung auf der Deponie werden kartiert, so dass gegebenenfalls eine Rückholung möglich ist.

Interessant und vielleicht zielführender als die streckenweise sehr gereizte Debatte mit dem Minister, an deren Ende der Eindruck eines mehrfach durchschnittenen Tischtuchs stand, waren die praxisbezogenen Fragen von Thomas Misch (Freie Wähler) nach dem Prozedere der Deponie Wiershoop im Kreis Lauenburg. Diese hat-

te im Zusammenhang mit der Einlagerung von AKW-Trümmern aus Krümmel nicht von vornherein Ablehnung signalisiert oder gar die Tür laut zugeschlagen, wie große Teile der Lübecker Bürgerschaft, sondern Verhandlungsbereitschaft signalisiert.

Wie geht man dort mit dem (strahlungsfreien, frei gemessenen) Müll um? Zur Erläuterung: das AKW Krümmel befindet sich noch nicht im Abriss, aber in der Vorbereitung; d. h. es gibt dort kleine, frei gemessene Müllmengen. In Wiershoop habe man – so Jan Backmann aus der Delegation – eine Steuerungsgruppe eingerichtet, die den geplanten Ablauf der Müllanlieferung aus Krümmel zzt. prüft, testet und die Lagerung ausprobiert. Auf diese Weise werden Erfahrungen mit den ersten Anlieferungen gesammelt, überwacht und bewertet. Fazit: Der Betreiber hat den Vorgang auf seiner Deponie in der Hand und kann ihn laufend kontrollieren.

Der größte Teil der Lübecker Bürgerschaft hatte – unter Führung der Großen Koalition – das Verfahren „Deponie plus“ abgelehnt oder gar nicht erst in Erwägung gezogen. Der Bürger und Wähler wird entscheiden müssen, ob diese Ablehnung und das Zerwürfnis mit dem Umweltministerium in Kiel vorausschauend, weise und – im Interesse aller – letztlich zielführend war bzw. ist. Denn der Umweltminister hat seine Absicht einer Zuweisung auf die Deponie Niemark nicht zurückgenommen! Damit hat sich die Stadt möglicherweise ihres Verhandlungsspielraumes beraubt.

Ende des öffentlichen Teils der Sitzung: 22.15. Ergebnis (statistisch): 26 Wortbeiträge der Abgeordneten, acht Beiträge des Ministers und seiner Begleiter.

Inhaltliches Ergebnis: mehr als fraglich – aus der Sicht des Berichterstatters: unklug.

Turmgeschichte

Von Achim März

„Die Steine müssen weg.“ – Als Jürgen Schreiber, Ehrenvorsitzender des Gemeinnützigen Vereins Lübeck-Schlutup, im Herbst 2020 eine Mail vom Wasserstraßen- und Schifffahrtsamt Ostsee erhält, erinnert er sich sofort. Kurt Schreiber, sein Vater war es, der nach versehentlicher Sprengung des Behn-Turms dessen Fragmente sicherte. Vor fast 60 Jahren in den Hang unterhalb des Gogenbergs am Mühlenweg gekippt, warten die längst von der Vegetation überwucherten roten Sandsteinbögen und unzähligen behauenen Natursteine auf die Neuerrichtung an geeigneter Stelle. Doch wie realistisch ist dieser Gedanke heute?

Der Behn-Turm wird um 1900 vom St. Gertrud-Verein zu Ehren des Bürgermeisters Heinrich Theodor Behn (1819–1906) errichtet. 1848 in die Bürgerschaft gewählt, gehörte dieser ab 1858 dem Senat an. In seiner Schaffenszeit war der promovierte Rechtswissenschaftler mehrmals von 1871/72 bis 1895/96 Bürgermeister der Stadt. Der 9 Meter hohe Aussichtsturm am Fährberg mit Blick über den Breitling, der ausgeprägten Travebucht am Ortseingang Schlutups, war einst ein beliebtes Ausflugsziel. 1963 wird der Turm vom Bundesgrenzschutz wegen Bauauffälligkeit gesprengt, obwohl nach heftigen Bürgerprotesten schon Spendenzusagen für den Erhalt des Turms vorliegen und die Bürger-



Blick auf den Behnturm von Westen, Aufnahme vor dem 24. 06.1950 (Foto: © Privat)

schaft sich gegen die Sprengung ausspricht. Ein Missverständnis in der Kommunikation führte zu diesem Ergebnis.

Auf dem Gelände am Gogenberg, unweit der Schlutuper Wieck, soll aktuell ein neues Seezeichen errichtet werden. Schnell kommen bei Abräumarbeiten die deponierten Reste des Turmes zum Vorschein. Ein Puzzle aus Sandstein, Betonbrocken und Natursteinen, wild zusammengewürfelt, erhebt sich vor dem Betrachter wie ein mächtiger Geröllhaufen. Der Gemeinnützige Verein Schlutup überlegt, gut erhaltene Teile an geeigneter Stelle neu zu platzieren. Bei näherer Begutachtung jedoch kommt man zu der Erkenntnis, dass lediglich eine Sandsteinplatte, die hoch oben am Turm prangte, den Erhalt lohnt. Schnell ist ein Fuhrunternehmer beauftragt, die Sicherung zu unterstützen. Da die abgebildeten Ornamente heute als umstritten angesehen werden müssen, ist die zur Schaustellung im öffentlichen Raum als kritisch zu bewerten. Das Fundstück wird schließlich der Hansestadt Lübeck angeboten, die jetzt prüft, ob es eine geeignete Verwendung als Ausstellungsstück im Skulpturengarten des Behnhouses geben könnte oder die Völkerkundesammlung um ein weiteres Exponat erweitern sollte.

Zum geschichtlichen Hintergrund: Der Arzt Georg Heinrich Behn, Vater des späteren Lübecker Bürgermeisters Heinrich Theodor Behn, kauft das repräsentative Haus Königstraße 9 im Jahre 1823. Es sollte fast ein gan-

zes Jahrhundert im Besitz der Familie bleiben. Um es zu erhalten, erwirbt es der Lübecker Staat im Februar 1921, der Kunstwissenschaftler Carl Georg Heise richtet dort ein Museum ein.

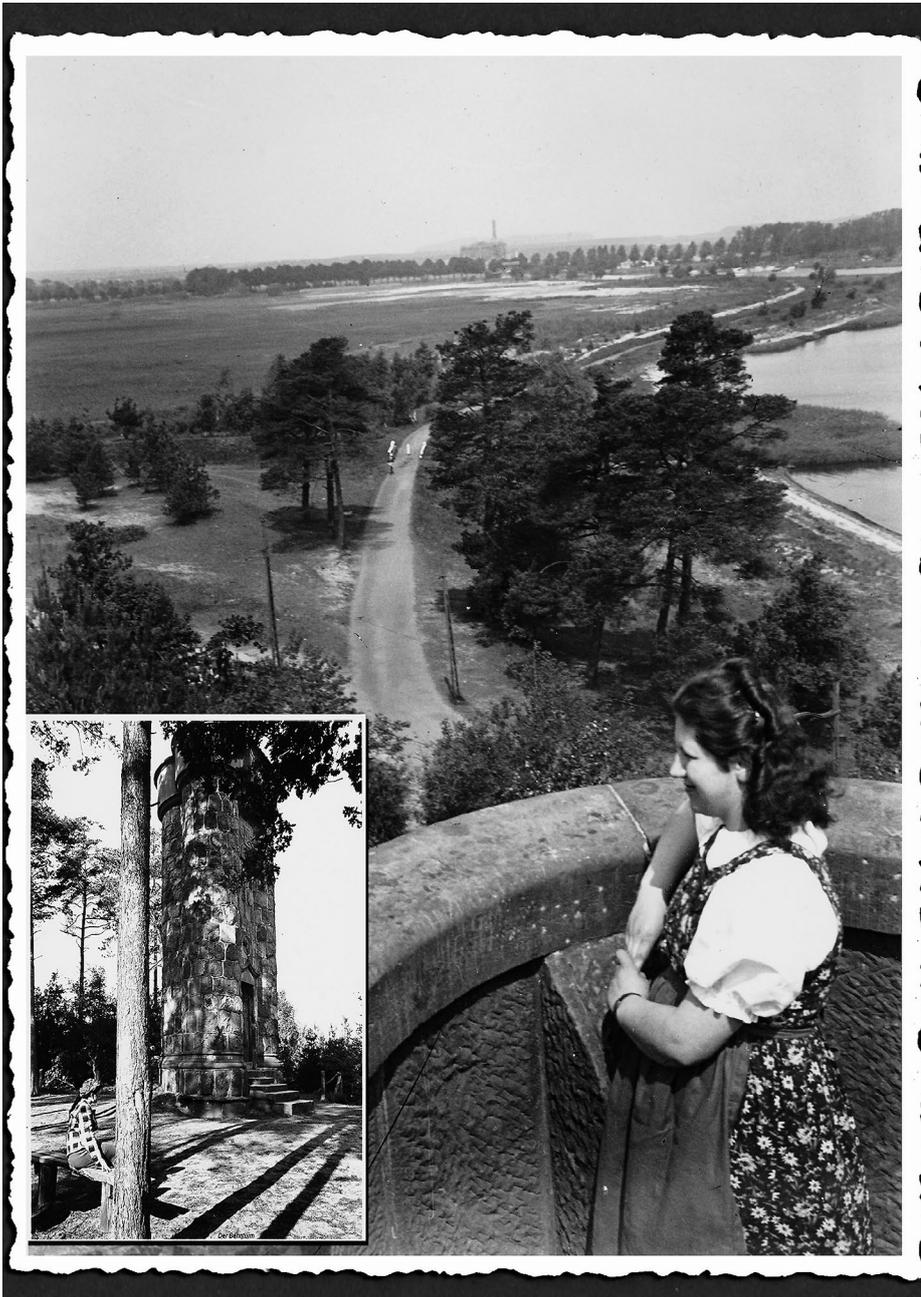
Die Sandsteinplatte, welche nun auf eine neue Verwendung wartet, wurde vermutlich um 1900 von Fritz Behn (1878–1970), dem Enkel Heinrich Theodor Behns geschaffen. Auf der etwa 1 x 1,20 Meter großen Platte sind drei Köpfe afrikanischer Krieger abgebildet, die ein Ornament mit gekreuzten Knochen umrahmen, auf denen eine Pflanze mit drei Ähren



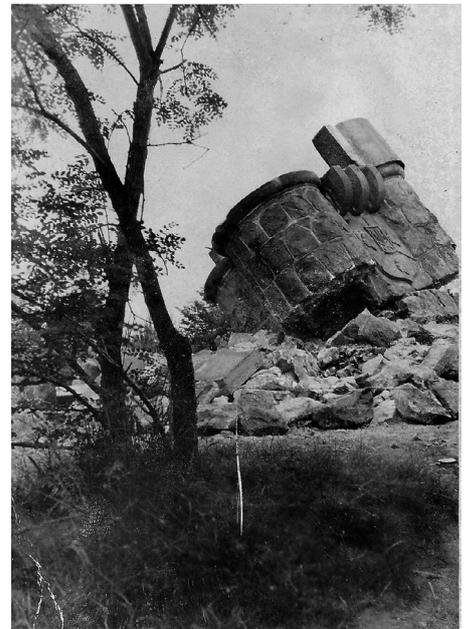
(Foto: © Gem. Verein Lübeck-Schlutup)



Behnturm von Südost, Postkarte mit Datum 23.07.1901 (kurz nach Bau des Turms 1900) (Foto: © Gem. Verein Lübeck-Schlutup)



Blick vom Turm, geschätzt 1950. Man sieht ganz in der Ferne das Kraftwerk Siems. Es wurde 1942 errichtet.
(Foto: © Gem. Verein Lüß-Schlutup)



gessenheit geraten. Es ist Zeugnis des weit verbreiteten Glaubens an die Überlegenheit vom kolonialistischen Herrenmenschentum.

Anmerkung der Redaktion: Wenige Jahre nach Errichtung des Turms kommt es zu einem gewalttätigen Aufstand der indigenen Bevölkerung in der afrikanischen Kolonie Deutsch-Südwest. Auch in Lübeck bilden sich Komitees zur Unterstützung deutscher Soldaten bei der Niederschlagung.

Sie finden uns auch im Internet:

www.luebeckische-blaetter.info

www.unser-luebeck.de

prangt. Möglicherweise ist dieses frühe Werk des nicht unumstrittenen Künstlers im Laufe der Jahre in Ver-



Am 24. 06. 1963, wurde der Turm gesprengt, Das genaue Datum der Fotoaufnahme ist nicht bekannt

(Foto: © Gem. Verein Lüß-Schlutup)



2020, Bergung der Tafel

(Foto: © Gem. Verein Lüß-Schlutup)

Chronik Februar

Von Doris Mührenberg

1. Es werden 3.656 laborbestätigte Fälle von Covid-19 gezählt, aktiv erkrankt sind 340 Lübecker*innen, 44 sind verstorben. ••• Ein Spezialeinsatzkommando der Polizei nimmt einen 26-Jährigen fest, nachdem dieser mehrere Glasscheiben einer Bankzentrale in der Fackenburg Allee eingeschlagen und sich bewaffnet verschanzt hatte.

4. Die Stadt verteilt FFP2-Masken an Bedürftige. ••• Bei vielen Händlern sind die Schlitten ausverkauft. ••• Es werden vermehrt Ortsschilder gestohlen, und zwar diejenigen mit dem Zusatz „Universitätsstadt“. ••• Eine Studie hat gute Noten für die Lübecker Innenstadt erbracht. Es wurden 800 Passanten und Passantinnen in der Innenstadt vom Kölner Institut für Handelsforschung befragt, zur Hälfte waren es Lübecker*innen, zur Hälfte Touristinnen, Touristen und Menschen aus dem Umland. So loben z. B. 75 % die Aufenthaltsqualität.

5. Die Mitglieder von „Extinction Rebellion“ stoppen den Autoverkehr vorm Holstentor durch mehrere Kurzzeitblockaden von je 5 Minuten, um auf die fortschreitende Klimakrise aufmerksam zu machen. ••• Das Feuerschiff „Fehmarnbelt“ muss mit seinen 114 Jahren wieder in die Werft, nun hat auch das Land



(Foto: K. H. Vögele)

Schleswig-Holstein zugesagt, die Instandsetzung mit 250.000 Euro zu unterstützen. ••• Das Brodtener Ufer ist wegen vermehrter Abbrüche gesperrt. ••• Es werden 3.831 laborbestätigte Fälle von Covid-19 gezählt, aktiv erkrankt sind 418 Lübecker*innen, gestorben 47.

6. Der Spiegel berichtet über den Arzt und Unternehmer Winfried Stöcker, der einen Impfstoff gegen Corona entwickelt hat, ihn sich selbst und einigen Freiwilligen gespritzt hat – und nun gibt es ein Ermittlungsverfahren gegen ihn wegen Verstoß gegen das Arzneimittelgesetz. ••• Über 80 Lübecker*innen demonstrieren auf dem Markt gegen die Lagerung des Abrisschuttes aus Brunsbüttel auf der Deponie Niemark. ••• Es wird öffentlich bekannt, dass die neu begründete Kinder- und Jugendjury der Ge-



(Foto: © BSS)

meinnützigen Sparkassenstiftung in ihrer ersten (digitalen) Sitzung die ersten Fördermittel vergeben hat. ••• Die Firma Bockholdt ist jetzt als Top Employer ausgezeichnet, vergeben wird die Auszeichnung vom Top Employers Institute. ••• Der VfL Lübeck-Schwartau gewinnt mit 35:34 gegen den TuS Fürstfeldbruck.

7. Die Schlutuper befürchten, dass ihr Stadtteil, der kleinste Lübecks, „abgehängt“ wird. Sie bemängeln fehlende Geschäfte, marode Radwege, unzureichende Stadtplanung.

8. Hochwasser an der Obertrave.

10. Es werden 4.001 laborbestätigte Fälle von Covid-19 gezählt, aktiv erkrankt sind 430 Lübecker*innen, gestorben sind 59. ••• In Travemünde sinkt im Priwallhafen der Fischkutter „Dresden“.

11.

Die Bürgerschaft tagt und führt zwei neue Mitglieder ins Amt ein: Sascha Lutkens (Die Linke) und Claus Schaaferberg (Grüne) rücken für ausgeschiedene Politiker nach. Unter anderem wird in dieser Sitzung auch die Hauptsatzung geändert, so dass Bürgerschaftssitzungen online oder als Livestream-Veranstaltungen durchgeführt werden können. ••• Die Obdachlosenhilfe ist wegen der Kälte mit ihrem



(Foto: © Sternwarte Lübeck)

Herzwärmebus und dem Herzwärmeplitzer abends unterwegs, um Obdachlosen zu helfen. ••• Die Sternwarte bekommt am neuen Standort ihre Kuppel.

12. Der VfL Lübeck-Schwartau siegt über den ASV Hamm-Westfalen mit 23:19. ••• Bürgermeister Jan Lindenau berichtet von 20 Corona-Fällen mit der britischen Mutation in Lübeck. Die Inzidenz liegt bei 100,7.

14. Der VfB Lübeck verliert mit 1:3 gegen Dynamo Dresden.

15. Rosenmontag: Die Lübeck-Rangenberger Carnevalsgesellschaft von 1950 e. V. feiert die „tollen Tage“ online. ••• An zehn ausgewählten Stellen testet der Bereich Stadtgrün und Verkehr den Einsatz der Trixi-Spiegel, einen 100-Grad-Spiegel gegen den toten Winkel.

16. Die laborbestätigten Fälle von Covid-19-Erkrankungen liegen bei 4.108, aktiv erkrankt sind 364 Lübecker*innen, verstorben sind 70.

17. „Junge Die Bäckerei“ gehört zu den besten Arbeitgebern Deutschlands. Dies stellte das Marktforschungsinstitut Statista in Zusammenarbeit mit dem „Stern“ fest. ••• Die Musikhochschule Lübeck und die Universität Lübeck begründen das Projekt „Lübecker Modell zur Musikergesundheit“. ••• Der VfL Lübeck-Schwartau verliert gegen den TV Emsdetten mit 25:32. ••• Irma Mau feiert im Seniorenzentrum Traveblick ihren 100jährigen Geburtstag.

18. Die Klinik für Augenheilkunde des UKSH bietet auf dem Campus Lübeck eine in nur wenigen europäischen Zentren angewendete Therapie für Glaukom Erkrankungen. ••• Es wird wieder eine Robbe gesichtet – diesmal vor der Nördlichen Wallhalbinsel. ••• Die Malskat-Insel im Depenmoor im Lauerholz wird weiterhin als Drogenplantage genutzt. ••• Es verstirbt im Alter von 98 Jahren Hans-Werner Große, bekannt als Segelflieger und Inhaber von Manchester-Große. Er war Gründungsmitglied des Aero Clubs Lübeck e. V., Träger vieler Auszeichnungen, u. a. der Lilienthal-Medaille und des Bundesverdienstkreuzes. 1970 wurde er Segelflug-Vizeweltmeister, und 1972 flog er 1.460 Kilometer von Lübeck nach Biarritz in Südfrankreich. Mehr als 50 Weltrekorde stellte er in seinem Segelfliegerleben

auf. ••• Das von Prof. Rolf Hilgenfeld entwickelte Medikament gegen Corona geht in eine entscheidende Phase, gleichzeitig kritisiert der Forscher, dass kaum Mittel für die Medikamentenforschung bereitgestellt werden, sondern vorwiegend für die Entwicklung von Impfstoff.

19. Es werden 4.174 laborbestätigte Erkrankungen von Covid-19 gezählt, aktiv erkrankt sind 321 Lübecker*innen, 70 sind verstorben. ••• Die Lübecker Ortsgruppe „Fridays-for-Future“ fordert mit 120 Radlern auf einer Fahrraddemo eine Verkehrswende. ••• Lübecker*innen gedenken des Anschlags in Hanau vor einem Jahr.

20. Der VfB Lübeck verliert gegen Türkücü München mit 0:2. ••• Eine Frau stirbt bei einem Brand in der Aegidienstraße. ••• Am Koberg werden aus dem Restaurant „Shanghai“ die Tageseinnahmen vom Außer-Haus-Verkauf gestohlen.

21. Der VfL Lübeck-Schwartau verliert gegen VfL Gummersbach mit 29:31.

22. Es werden 4.211 laborbestätigte Fälle von Covid-19 in Lübeck gezählt, aktiv erkrankt sind 269 Lübecker*innen, verstorben 75.

25. Umweltminister Jan Philipp Albrecht (Grüne) besucht eine Bürgerschaftssitzung. Eine fast dreistündige Auseinandersetzung bringt keine Veränderung, beide Seiten weichen nicht von ihren Positionen, Lübeck soll weiterhin 12.500 Tonnen Bauschutt aus dem AKW Brunsbüttel auf Niemark einlagern. ••• Eine beeindruckende Anzahl von Singeschwänen ist momentan an der Trave zu beobachten, 1.300 Tiere wurden am Dummerdorfer Ufer, auf dem Dassower See und den anliegenden Äckern

bei Nahrungsaufnahme und Balztanz gezählt. ••• Else Lisbeth Junker begeht im Pflegezentrum Travemünde ihren 100jährigen Geburtstag. ••• Auch der Lübecker Wald leidet unter den Folgen der Dürre und den Schädlingen der letzten Jahre, Bereichsleiter Knut Sturm fordert in Hinblick auf die finanzielle Unterstützung des Bundes eine klare Umorientierung der Forstwirtschaft, der frühere Leiter des Stadtwaldes, Lutz Fähser, hat mit weiteren Autoren ein Buch zur aktuellen Waldpolitik der Bundesregierung herausgebracht.

Spende an die Musikschule ermöglicht „Future-Music“

Die Musikschule der GEMEINNÜTZIGEN kann sich über ein besonderes Instrumenten-Geschenk freuen. Durch eine großzügige Spende konnten zwei Ableton Push Systeme inklusive der zugehörigen Software Ableton 11 Suite im Wert von über 2.100 € angeschafft werden. Mit ihrer Spende bedankt sich die Familie Johannes und Christine Klein für die jahrelange musikalische Betreuung ihrer Kinder Hanna Felicitas (Violine, Gesang) und Jonas (Klavier) bei den Dozenten.

In ihrer Zeit an der Musikschule gestalteten Hanna Felicitas und Jonas zahlreiche Konzerte und unternahmen musikalische Reisen u. a. nach Chile und Russland. Mehrfach waren sie Preisträger des Wettbewerbs „Jugend musiziert“ bis zur Bundesebene.

Ableton Push ist ein von der deutschen Firma Ableton entwickelter Hardware-Controller für das Musikprogramm Ableton Live. Ziel des Systems ist die moderne Musik-

26. Erster Spatenstich für das neue Wohnquartier Baltique am Travemünder Fischereihafen. 144 Eigentumswohnungen und 107 Ferienwohnungen sind geplant. ••• Der VfL Lübeck-Schwartau besiegt den Dessauer-Roßlauer HV mit 32:27.

27. Der VfB Lübeck verliert gegen den FC Halle mit 2:1.

28. Der letzte Strandübergang zwischen dem Priwall und Mecklenburg muss wegen eines dort unter dem Weg verlegten Starkstromkabels geschlossen werden.

produktion mit Echtzeitbearbeitung von Samples. Junge kreative Musiker können mit dem Instrument auf intuitive Weise eigene Musik konzeptionieren und realisieren. Einer der Dozenten der Musikschule, der sich intensiv mit digitaler Musikproduktion beschäftigt, ist Petar Shopov. Für ihn steht an erster Stelle, dass die Musikschule mit der digitalen Musikproduktion ein ganz neues und attraktives Feld anbieten kann. Petar Shopov möchte jungen Menschen beibringen, mit Ableton Push und der Live Suite zu musizieren und zu komponieren.

Wir dürfen uns folglich neben hochwertiger klassischer und gehobener populärer Musik zukünftig auch auf „Future Music“ aus den Räumlichkeiten im Rosengarten freuen.

Ralph Lange



(Foto: © MOZ/Oliver Voigt)



ankommen ...

www.praxis-adolfstrasse.de

Dr. Peters • Dr. Grunau
Praxis Adolfstraße 1 • 23568 Lübeck • Telefon 611 600

Links, Rechts oder doch lieber die Mitte? Wozu brauchen wir politische Richtungsangaben?

Anmerkungen zur Deformation der Öffentlichkeit und zur besonderen Rolle des Trumpismus

Von Hans-Peter Löser

„links und rechts kann man nicht verwechseln. werch ein illtum.“ Mit diesem humorigen Sprachspiel hat der österreichische Dichter Ernst Jandl vermeintliche Sicherheiten in Frage gestellt und eine treffende Kritik an der wachsenden Orientierungslosigkeit und Unübersichtlichkeit in unserer Zeit formuliert. Umstritten bleibt allerdings, ob es sich bei „lichtung“ um ein politisches Gedicht handelt, das sich auf die Ähnlichkeit totalitärer Systeme bezieht. Das Gedicht sei vielmehr offen für jede Auslegung und habe keine bestimmte Botschaft, heißt es. Gleichwohl wird es im politischen Diskurs gerne zitiert, um zu behaupten, dass das Links-Rechts-Schema überholt und für die inhaltliche Auseinandersetzung unbrauchbar geworden sei. Dennoch tauchen die Begriffe „Linke“ und „Rechte“ in den Medien weiterhin sehr häufig zur Beschreibung politischer Richtungen, Parteien und Ideologien sowohl in den Medien als auch in der politischen Rede auf. Nach wie vor werden Parteien, politische Positionen und Politiker*innen in der öffentlichen Debatte der Linken, Rechten oder der Mitte zugeordnet. Verstärkt wird die Kritik des Links-Rechts-Schemas allerdings durch die Propagierung einer Ideologie der Mitte, die als allein mehrheitsfähige Synthese von und Kompromiss zwischen linken und rechten Positionen vielen Wählern als der beste Weg erscheinen würde. Die Beschreibung des politischen Spektrums von links bis rechts zur Differenzierung der politischen Richtungen hat offenbar eine wichtige Orientierungsfunktion. Gilt das aber auch noch nach Trump?

Woher kommen die politischen Richtungsangaben?

Als Ausgangspunkt wird gemeinhin die Sitzordnung des ersten demokratischen Parlaments nach der französischen Revolution von 1789 gesehen. In der Nationalversammlung saßen das revolutionäre Bürgertum links gegenüber dem Präsidenten und der Adel rechts. Bereits darin drückte sich ein soziologischer Zusammenhang zwischen sozialer Stellung und politischer Interessenlage aus.

Die revolutionäre „Linke“ wollte mit der Monarchie und den Privilegien des Adels radikal brechen, während die „Rechte“, der konservative Adel, sich für deren Erhalt einsetzte. Mit der Spaltung der revolutionären Gruppierungen in Jakobiner als Repräsentanten der Sansculotten, der verarmten vorproletarischen Unterschicht einerseits und in die bürgerlichen Girondisten andererseits bildeten sich neue politische Gruppierungen als Vorboten der ideologischen Hauptrichtungen in der Nationalversammlung heraus. So propagierten die jakobinischen Sozialrevolutionäre um Babeuf bereits Ideen einer kommunistischen Gesellschaft. Die politische Mitte zeigt sich allerdings schon in den Anfängen des Parlamentarismus als die stärkste Gruppierung. Weil ihre Vertreter unten im Saal sitzen, werden sie als Ebene und abfällig als „Sumpf“ bezeichnet, nicht zuletzt, weil sie weniger eindeutige politische Konturen erkennen lassen und als unentschieden gelten. Im weiteren Verlauf tendieren sie jedoch mehr und mehr nach links. Der historische Lernprozess des Parlamentarismus nach der Revolution ist bald auch geprägt durch den Kampf gegen konterrevolutionäre Bestrebungen, dessen Dialektik schließlich in diktatorische Gewalt ausufernd.

Die Einteilung des politischen Spektrums in links und rechts verfestigt sich allerdings erst anhand der Sitzordnung der französischen Abgeordnetenkammer von 1814, die nach der jakobinischen Terrorherrschaft und dem Direktorium an den politischen Auseinandersetzungen der ersten Nationalversammlungen anknüpfte und diese wiederbelebte. Auf der linken Seite saßen nun die Parteien, die für gesellschaftliche Veränderungen eintraten und rechts diejenigen, die zumindest in Teilen die alte Ordnung erhalten wollten. Damit wurden bereits bis heute geltende, grundlegende Kriterien für die Unterscheidung zwischen der politischen Linken und ihres rechten Gegenparts definiert: auf der einen Seite die Progressiven, auf der anderen die Beharrenden. Die Sitzordnung spiegelte nunmehr die ideologischen Hauptströmungen und somit die Dynamik der politischen Debatten wider, die an die

Stelle der ständischen Hierarchie der festgefühten Versammlung der Generalstände getreten war. Die politischen Lager differenzieren sich zudem aus in extrem links über gemäßigt links bis mitte links und ebenso rechts, und die Bezeichnungen entwickeln sich zum festen Bestandteil des politischen Sprachgebrauchs.

Öffentlichkeit als Ort des demokratischen Diskurses und ihr Niedergang

Der Übergang von der Feudalgesellschaft zur bürgerlichen Demokratie hat nach Habermas die bürgerliche Öffentlichkeit hervorgebracht. Als Grundbedingung gilt die Trennung von privater und öffentlicher Sphäre, wobei die Öffentlichkeit der Raum all jener Angelegenheiten von allgemeiner Bedeutung sei, die den Aushandlungs- und Reglementierungsprozessen der Gesellschaft unterliegen. Unabhängig davon existiert der Raum des Privaten, der ausschließlich der Selbstbestimmung des Einzelnen vorbehalten bleibt, geschützt durch die allgemeingültige Erklärung der Menschenrechte. Dieser Begriff von Öffentlichkeit verstand sich als Gegenentwurf zur „öffentlichen Gewalt“ des durch Gottesgnadentum legitimierten Feudalstaates. Obrigkeitliche Gewalt sollte fortan nur noch durch „öffentliche Meinung“ legitimiert sein und deren Entscheidungen sollten alleine dem Allgemeinwohl dienen. Jene kann jedoch nur gebildet werden vermittelt geeigneter Formen von Publizität, die das bürgerliche Publikum in die Lage versetzt, an der Herausbildung der öffentlichen Meinung teilzuhaben und mitzuwirken. Deshalb spielen die Medien bis heute eine zentrale Rolle für den öffentlichen Diskurs. Hinzutreten muss allerdings nach Habermas auch eine literarische Öffentlichkeit als Grundlage der politischen Auseinandersetzung. allerdings müssen auch der gesamte Kulturbereich und insbesondere Kunst und Ästhetik hinzurechnet werden.

Habermas hatte einen normativen Öffentlichkeitsbegriff vor Augen, der Bedingungen und Gestaltungsweisen einer rationalen gesellschaftlichen Organisation

Geburt – Leben – Tod. Jeder Teil des Lebens verdient Liebe, Würde und Respekt.

Ob Erd- oder Feuerbestattungen, im Friedwald, auf See oder anonym –

Wir informieren Sie kompetent und umfassend und stehen Ihnen zur Seite.



Telefon 0451-
79 81 00

**Wir sind
Tag & Nacht
für Sie erreichbar.**

Balauerföhr 9
23552 Lübeck
www.schaefer-co.de



im Sinne des Kant'schen Vernunftbegriffes ermöglichen sollte. Dieses Verständnis von bürgerlicher Öffentlichkeit stieß schnell an die strukturellen Grenzen der kapitalistisch-patriarchalischen Organisationsform der Wirtschaft mit dem Vorrang des Privateigentums und in Gestalt der lange noch wirksamen Ausgrenzung der Arbeiterklasse und der Frauen. Als Teil der bürgerlichen Öffentlichkeit konnte nur gelten, wer über Eigentum verfügte. Sie musste sich allerdings im Sinne der normativen Idee der Allgemeinheit als rationalem Gestaltungsprinzip für die Beteiligung der Arbeiterbewegung ebenso wie der Frauen am öffentlichen Diskurs und den politischen Institutionen öffnen. Bis heute konnte aber das soziale Spannungsverhältnis in der Herrschaft des Kapitals über die Arbeit als immer wieder virulente Dynamik im öffentlichen Diskurs so wenig überwunden werden, wie in der sich dramatisch zuspitzenden sozialen Ungleichheit.

Der Niedergang der bürgerlichen Öffentlichkeit setzte nach Habermas mit dem Übergang ins 20. Jahrhundert ein. Der Strukturwandel des Kapitalismus mit der Herausbildung großer Konzerne und entsprechender Konzentration von Kapital in immer weniger Händen brachte die bürgerliche Öffentlichkeit an ihre Grenzen. Die damit einhergehenden gesellschaftlichen Machtverschiebungen führten zur weitreichenden Verwischung der Trennung von Öffentlichem und Privatem. Das galt sowohl für die zunehmenden staatlichen Interventionen zugunsten des privaten Kapitals als auch für die Entwicklung sozialstaatlicher Tätigkeit. Darin spiegelt sich zugleich gesellschaftlicher Fortschritt im Sinne einer partiellen Sozialisierung und Demokratisierung der Arbeitswelt ebenso wie der privaten Lebenswelten breiter Bevölkerungsschichten. Es bildeten sich Strukturen der Halb-Öffentlichkeit, die

erst recht in privatisierten neoliberalen Verhältnissen demokratischer Kontrolle weitgehend entzogen sind.

Gleichzeitig erleben Kulturindustrie und Massenmedien einen ungeheuren Aufstieg, der eine völlig neue Art von Öffentlichkeit entstehen lässt. Sie versteht sich nun nicht länger und zuerst als Austragungsort der Kritik und Negation von Verhältnissen, die dem normativen Vernunftprinzip des Allgemeinwohls nicht gerecht werden. Vielmehr erzeugen sie eine Schein-Öffentlichkeit, die fast nur noch auf die Bejahung der herrschenden Verhältnisse geht. Kontroversen über die Grundfragen der gesellschaftlichen Existenzweise werden in mediale Nischen abgedrängt und nur noch am Rande, quasi als Alibi für Meinungsfreiheit ohne nennenswerte Wirkung verhandelt. An die Stelle kritischer Öffentlichkeit sind die marktschreierischen Imperative manipulativer Reklame getreten. Von einer kritischen Öffentlichkeit scheinen wir heute weiter entfernt denn je. Als Beispiel können die allgegenwärtigen Talkshows gelten, die in ihrer Oberflächlichkeit, Beliebbarkeit und Unverbindlichkeit eher als Ventil für Kritik, denn als wirkmächtiger Ort des kritischen Diskurses gelten können. Schon die Auswahl der Talkgäste läuft oft genug darauf hinaus, dass den verhandelten Themen nur selten auf den Grund gegangen wird.

Kritik der deformierten Öffentlichkeit

Mit Internet und Smartphone hat die Entwicklung eine qualitativ neue, weitaus manipulativere Ebene erreicht. Das hat nicht nur der Wahlkampf gezeigt, der Donald Trump an die Schalthebel der Macht in den USA geschwemmt hat. Das Neue wird sichtbar auch in einem in weiten Teilen der Gesellschaft verbreiteten blin-

den Konsumverhalten, dem inzwischen Suchtcharakter attestiert wird und das uns ökologisch und sozial immer weiter an den Rand des Abgrunds bringt. Konkret sieht es danach aus, dass Popcorn und Schokoriegel, „Dschungelcamp“ und „Bauer sucht Frau“ nicht nur gesundheitsgefährdende Fettleibigkeit und allgemeine Verblödung zeitigen, sondern das sinnentleerte Dasein der Vielen mit unsinnigem Inhalt davon ablenkt, ein Bewusstsein von sich selbst und der eigenen Emanzipation zu entwickeln. Verbunden ist es mit der ideologischen Verabsolutierung des Individualismus. Der französische Philosoph Eric Sadin hat kürzlich in einem Essay die „Ära des individuellen Tyrannen“ verkündet und sieht das Ende einer gemeinsamen Welt kommen. Ihm zufolge hat sich eine „technologisch belohnte Hyperindividualität“ entwickelt, die ihre Identität aus den Chiffren der Cyberwelt gewinnt, wo sie zum You von YouTube und zum I des iPhones wird. Der maximal individualisierte Einzelne verabschiedet sich von der Realität ins Virtuelle, wo nur noch gilt, was er selbst sagt, denkt und glaubt.

Antisozialistische Ideologie hatte schon immer Gemeinschaft, das Gemeinsame oder das Kollektiv gegenüber der Idealisierung der freien Persönlichkeit, der einseitigen Verherrlichung des Individuums herabgesetzt. Die ehemalige britische Premierministerin Margaret Thatcher behauptete in konsequenter Auslegung neoliberaler Ideologie, es gäbe keine Gesellschaft, sondern ausschließlich Individuen. Dass Kooperation und gemeinschaftliches Handeln die wirksamsten und erfolgreichsten Triebkräfte gesellschaftlicher Entwicklung sind, wird dabei geflissentlich unterschlagen. Arbeit erreicht erst in ihrer hochgradig vergesellschafteten Form die Produktivität, die „Wohlstand für Alle“ hervorbringt. Es geht also nicht um einen ideologisch konstruierten Gegensatz von

Individuum und Kollektiv, sondern um eine fruchtbare Dialektik beider.

Der amerikanische Medienwissenschaftler Neil Postman bemerkte in seiner 1985 veröffentlichten Polemik über das Fernsehen unter dem Titel „Wir amüsieren uns zu Tode“ sarkastisch: „Fernsehen wurde nicht für Idioten erschaffen – es erzeugt sie.“ Und der medienkritische Journalist Jürgen Wieczorek kommt in seinem 2009 veröffentlichten Spiegel-Bestseller „Die verblödete Republik“ zu ganz ähnlichen Ergebnissen für Deutschland. Klimakrise und Verlust der Artenvielfalt als langfristige Probleme werden in diesem Kontext schnell verdrängt. Die Erosion der Zivilisation bis hin zur Zerstörung unseres Planeten schreiten so ungehemmt voran. Die Corona-Pandemie führt uns gerade vor Augen, dass wir mit der rücksichtslosen Einengung des Lebensraums unserer Mitbewesen uns selbst existenziell gefährden. Die Natur schlägt zurück, indem sie mittels der Viren und ihrer tierischen Überträger sich beim Menschen neuen Lebensraum erschließt. Ob die minderheitlichen zumeist ökologisch motivierten Gegenbewegungen dagegen anzukommen im Stande sind, bleibt fraglich.

Adorno beschrieb das Phänomen der von Kulturindustrie und privatisierter Medienmacht geformten Schein-Öffentlichkeit mit dem Begriff des Verblendungszusammenhangs, der die tatsächlichen gesellschaftlichen Herrschaftsverhältnisse verschleiert und die Gesellschaft zusehends in einen Zustand der Agonie treibt. Marx hatte den Fetischcharakter der Ware herausgearbeitet, in den nahezu alles, auch das Lebendige und Menschliche vermittels kapitalistischem Tauschprinzip verdinglicht wird. Darin ist die gesellschaftliche Grundlage des Verblendungszusammenhangs zu sehen. Konkret haben wir es heute mit einer ungeheuren Zusammenballung ökonomischer und medialer und damit manipulativer Macht in der Hand weniger digitaler Großkonzerne wie Amazon, Google, Apple, Microsoft und Facebook zu tun, die derzeit keinerlei öffentlicher und demokratischer Kontrolle unterliegen und ihre privatwirtschaftliche Macht im immer noch neoliberalen Kontext der USA und der EU ungehemmt entfalten können.

Anstelle der menschenfreundlichen und demokratischen Vision des frühen Internets hat sich inzwischen eine negative „Kultur“ aggressiver, rücksichtsloser, unreflektierter und nicht selten rüpelhafter, menschenverachtender und unsolidarischer Inhalte und Formen in der allen

zugänglichen, neuen medialen Kommunikation durchgesetzt: Mit ihr werden die gesellschaftlich dunkelsten Seiten und schlechtesten menschlichen Antriebe an die Oberfläche geschwemmt. Wir sind Zeugen eines ernüchternden Zustands des Bewusstseins vieler Zeitgenossen und unserer Gesellschaft. Inwieweit damit auch Defizite unseres Bildungssystems sichtbar werden, bedarf der genaueren Betrachtung. Eine Rolle dürften schließlich die schulischen Subsysteme der Peergroups mit ihren meist unbeobachteten Sozialisationsprozessen spielen, die von Mobbing, rabiaten Konkurrenzkämpfen und autoritären, nicht selten zynischen Machtspielen gekennzeichnet sind.

Das postmoderne „Anything Goes“ hat zudem die vermeintliche Freiheit des Internets in ihr Gegenteil verkehrt, indem es mit profaschistischem Ungeist die öffentliche Debatte verunstaltet und bedroht. Dem wären mit einer umsichtigen Regulierung Schranken zu setzen. Unwahrheit, Lüge, Hass und Beleidigung sind zu hemmungslos eingesetzten Waffen der öffentlichen Auseinandersetzung geworden. Der Trumpismus war dafür fataler Schrittmacher und hat damit das Vertrauen in die öffentliche Kommunikation zerstört. Viele fragen sich, was und wem man noch glauben kann. Angesichts der hinterlassenen Trümmer besteht die Gefahr, dass ein demokratischer öffentlicher Diskurs, auf den die Demokratie angewiesen ist, bis auf Weiteres nur noch eingeschränkt möglich ist. Trump hat die Axt der Desinformation an die Grundlagen einer demokratischen Kommunikationskultur gelegt und die Öffentlichkeit als Ort rationaler Auseinandersetzung in den Diensten des Allgemeinwohls schwer beschädigt. Im Verhältnis zu Twitter blieben die seriösen Tageszeitungen als wenig ernst zu nehmende und als Volksfeinde verunglimpft Randerscheinungen zurück. Dieses destruktive kommunikative Handeln Trumps hatte nur eine Funktion: ihn als einzige wirkmächtige Stimme der „Wahrheit“ zu installieren und alle anderen öffentlichen Äußerungen als fake news herabzuwürdigen. Zu diesem Zweck hatte er sich sogar in pseudoreligiöser Weise als „Auserwählten“ stilisiert. Ein religiöses Mäntelchen verleiht irrationalen Erzählungen eine besonders wirksame Glaubwürdigkeit. Das hat im evangelikalen Amerika als Geschäftsmodell eine lange Tradition. Trump war damit erschreckend erfolgreich, bis Twitter angesichts der putschistischen Entwicklung auf den Stufen des Capitols die Reißleine zog.

Das zeigt aber auch, dass die Regulierung der öffentlichen Kommunikation nicht den übermächtigen, privaten Medienkonzernen und ihren Geschäftsbedingungen überlassen bleiben darf, sondern gesetzlich vom demokratisch gewählten Souverän zu leisten ist. Es muss sich zudem zeigen, inwieweit es der Biden-Administration gelingt, die beschädigte Kommunikationskultur einigermaßen wieder zu heilen.

Das ungeheure Ausmaß der Desinformation hat inzwischen zu Realitätsverweigerung im gleichen Umfang geführt. George Orwell hatte in seiner wieder aktuellen Dystopie „1984“ die Verdrehung der Wahrheit in ihr Gegenteil als Mittel politischer Unterdrückung eindrücklich beschrieben. Die Philosophin Hannah Arendt kritisierte bereits die zunehmende Neigung vieler, in der Kommunikation Fakten durch Meinung zu ersetzen und beide nicht mehr sauber voneinander zu trennen. Das gilt inzwischen auch für die öffentliche Berichterstattung, die die journalistischen Regeln zur Steigerung des Unterhaltungswerts aufgeweicht hat. Die Verwischung von virtueller und tatsächlicher Realität, von Wahrheit und Lüge zeitigen einen Zustand der Orientierungslosigkeit, der es ideologischer Verführung leicht macht. Indem sie etwa die Hälfte der Gesellschaft der USA erfasste, wird sie nicht nur durch die Polarisierung in ein linkes und rechtes Lager gespalten, sondern darüber hinaus durch einen noch tieferen Graben in der Art eines Personenkults in Anhänger und Gegner des abgewählten Präsidenten. Die Wahl Bidens ist mit der Hoffnung verknüpft, dass es seiner Regierung gelingt, diesen gefährlichen Zustand zu überwinden. Die Drohung Trumps, seine Bewegung stehe erst am Anfang, nährt Befürchtungen, dass dies nicht einfach wird. Viel hängt davon ab, wie die mächtigen Geldeliten sich positionieren.

An dieser Stelle sei an einen Text von Adorno aus den *Minima Moralia* erinnert: „Die magnetische Gewalt, welche die Ideologien über die Menschen ausüben, während sie ihnen bereits ganz faden-scheinig geworden sind, erklärt sich jenseits der Psychologie aus dem bestimmten Verfall der logischen Evidenz als solcher. Es ist dahin gekommen, dass Lüge wie Wahrheit klingt und Wahrheit wie Lüge. Jede Aussage, jede Nachricht ist präformiert durch die Zentren der Kulturindustrie. (...) Die Wahrheit, die dagegen an möchte, trägt nicht bloß den Charakter des Unwahrscheinlichen, sondern ist überdies zu arm, um in Konkurrenz mit dem

hochkonzentrierten Verbreitungsapparat durchzudringen.“

Dagegen helfen könnte eine konsequente demokratisch gestaltete Wiederaufrichtung und Erneuerung einer kritischen Öffentlichkeit, die alle medialen Subsysteme der Gesellschaft und insbesondere ihre Kulturindustrie umfasst. Ein solcher Prozess hätte sich das gesellschaftliche Ganze nicht nur als Gegebenes zur Grundlage zu nehmen, sondern darüber hinauszugehen und das vorstellbare Bessere einzubeziehen und unverkürztes Denken sich zum Maßstab zu nehmen.

Die Ideologie der Mitte

Alle großen Parteien drängen in die sogenannte politische Mitte, weil sie glauben, nur so Wahlen gewinnen zu können. Aber was ist die politische Mitte? Das ist höchst umstritten. Die einen sagen, dass die alten Volksparteien SPD und CDU/CSU allein dort angesiedelt seien. Inzwischen zählen sich auch die Grünen dazu, weil sie sich auf dem Weg zur Volkspartei wähnen. Im Europaparlament betrachten sich Europäische Volkspartei und Sozialdemokratische Partei Europas als politische Mitte zwischen den Hauptströmungen der Linken und der Rechten. Die politische Mitte ist weder strukturell noch inhaltlich klar definiert, Abgrenzung und inhaltliche Ausrichtung sind verschwommen. Als Hauptmerkmal gilt das Interesse, möglichst viele Wähler zu erreichen, deren politischer Standort in der Mitte der Gesellschaft, was immer damit gemeint ist, vermutet wird. Die Mitte hält sich selbst für ideologiefrei oder sogar antiideologisch. Der Vorwurf der Ideologie richtet sich ausschließlich gegen den politischen Gegner und wird damit zum Kampfbegriff im politischen Diskurs zwischen links und rechts. Dagegen ist gut zu begründen, dass es sich auch bei der politischen Mitte um ein ideologisches Konstrukt handelt.

Der Ideologiebegriff wurde einst von Marx und Engels als „falsches Bewusstsein“ von der gesellschaftlichen Wirklichkeit entwickelt. Insofern es um die Differenz zwischen dem Denken über die Realität und diese selbst geht, handelt es sich um das Einfallstor aller Ideologie. Die positivistische Philosophie irrt und wird selbst ideologisch, wenn sie wissenschaftliche Wahrheit als Abbild der objektiven Wirklichkeit im subjektiven Bewusstsein definiert. Insbesondere die Wissenschaft muss immer eingedenk der Wahrheit sein, dass Ideologie sich immer und überall mehr oder weniger reflektiert ins Bewusstsein einschleicht. Allein deshalb kann es

schon kein ideologiefreies Denken geben. Gewiss dienen ausgeprägte ideologische Systeme der politischen Ausrichtung und unter totalitären Umständen der Zurichtung des Massenbewusstseins. Der politische Diskurs unterstellt, dass derartige Ideologien ausgedient haben. Freilich sind wir damit der Problematik des Ideologischen nicht entronnen. Die weitgehende Vereinnahmung des Individuums durch Kulturindustrie und Medien führt dazu, dass es sein Bewusstsein ideologisch an die herrschenden Verhältnisse anpasst und sei es darum, ein Trugbild der Gesellschaft zu entwickeln, um seine Identität damit zu stabilisieren. Der Philosoph Herbert Schnädelbach sagt dazu: „Die vollkommene Anpassung des Bewusstseins und seine objektive Unfähigkeit, sich Alternativen zum Bestehenden auch nur vorzustellen, ist die Ideologie der Gegenwart.“

Die Ideologie der Mitte fußt auf den soziologischen Strukturen der sogenannten Mittelstandsgesellschaft. Sie bildete sich seit den 50er-Jahren des vorigen Jahrhunderts im Zuge der Keynesianischen Wirtschaftspolitik, die eine Umverteilung des gesellschaftlichen Reichtums zu Gunsten der sozialen Mittelschichten bewirkte. Der damit verbundene Wohlstandseffekt galt fortan als überzeugendster Beweis für die Überlegenheit des Kapitalismus.

Bis in weite Teile der Arbeiterklasse verdrängte diese Überzeugung kapitalismuskritisches Denken. Obwohl die Mittelstandsgesellschaft im Zuge der neoliberalen Umverteilung seit Jahrzehnten erodiert, und zwar statistisch um derzeit etwa 5% pro Dekade und allmählich ganz zu verschwinden droht, hält sich dieses Bewusstsein und nimmt immer mehr den Charakter einer die Realität ignorierenden Ideologie an. Neueste Informationen von Oxfam belegen, dass die wenigen Superreichen von der Coronapandemie massiv profitieren, während auf

der anderen Seite die Armut ebenfalls massiv zunimmt.

Elemente und Perspektiven der Ideologie der Mitte

Eine Folge des wirtschaftlichen Aufschwungs in der bundesrepublikanischen Nachkriegsgeschichte war die Neuausrichtung der Sozialdemokratie mit dem Godesberger Programm. Damit wendet sich die SPD von ihren revolutionären Traditionen endgültig ab und nähert sich liberal-konservativen Positionen an. Angesichts der ersten Rezession und der beginnenden gesellschaftlichen Aufbruchsstimmung, die die Adenauerzeit hinter sich lassen wollte, kam es zur ersten Großen Koalition. Mit ihr verfestigte sich die Ideologie der Mitte als Zusammenführung konservativer, liberaler und sozialer Politiken. Der linke Aufbruch als Folge der Studentenbewegung mit Willi Brandt als Kanzler wurde von Helmut Schmidt unter dem Eindruck wirtschaftlicher Krisen und dem Terrorismus der RAF wieder mehr in die politische Mitte geführt. Anfang der 80er-Jahre folgt der Durchbruch der neoliberalen Ideologie mit einer stärkeren Ausrichtung nach rechts. Die wachsende Dominanz des Neoliberalismus findet ihren Niederschlag in der von Blair, Clinton und Schröder vertre-



*Sauftste Medizin
für schöne Zähne*

DR. WECKWERTH & PARTNER

Zahnärzte

Mo. - Fr. 7:00 bis 20:00 · Sa. 7:00 bis 13:00
ganzjährig geöffnet

St. Hubertus 4 · 23627 Groß Grönau
Tel. 04509 / 1558 · www.dr-weckwerth.de

tenen Ideologie der „New Labour“, die die Sozialdemokratie noch weiter nach rechts rückt. Deren Umsetzung mit der Agendapolitik von Kanzler Schröder führt zur Spaltung der SPD. Weil danach keine anderen Mehrheiten zustande kommen, haben sich die ehemals großen Volksparteien seitdem ununterbrochen in einer Großen Koalition zusammengeschlossen. Kanzlerin Merkel ist es gelungen, das Bündnis mit einer sogenannten Sozialdemokratisierung der CDU zu stabilisieren. Das hat zunächst die Ideologie der Mitte verstärkt. Seit der Wiedervereinigung und den dramatisch sich verschärfenden Krisen ist es zu Verschiebungen der politischen Gewichte zu Lasten der politischen Mitte und zugunsten der Grünen auf der eine Seite und der AfD auf der anderen Seite gekommen. Wie die Coronapandemie sich auswirkt, ist im Blick auf die bevorstehende Bundestagswahl noch nicht absehbar. Es zeichnet sich aber schon ab, dass die Ideologie der Mitte als vermeintlich sicherer Hafen und unter

Absehung der großen Krisen gestärkt daraus hervorgehen wird.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass wesentliche Elemente der Ideologie der Mitte in einer wirtschaftsfreundlichen, prokapitalistischen, eher liberal-konservativen Politik des „Weiter-so!“, ergänzt durch bestimmte sozialpolitische Korrekturen zu sehen ist. Offenkundig hat uns die Ideologie der Mitte jedoch genau an die Abgründe geführt, vor denen wir heute stehen. Von einem Kanzler Söder, Laschet oder Scholz ist eine Politik der notwendigen Veränderungen zur Bewältigung der großen Menschheitskrisen allenfalls weiterhin nur in kleinen Schritten, nicht jedoch in dem dringend gebotenen Umfang zu erwarten. Ob von einer Kanzlerin oder einem Kanzler der Grünen mehr zu erwarten ist, bleibt zu hoffen, angesichts ihrer Annäherung an die politische Mitte jedoch ungewiss.

Vor diesem Hintergrund bleiben die Bezeichnungen des politischen Spektrums

von der Linken bis zur Rechten nützlich und unverzichtbar für die Orientierung im weithin orientierungslosen öffentlichen Diskurs. Wer links und rechts für überholt erklärt, wertet die Ideologie der Mitte zur allein herrschenden auf und verharmlost zugleich den neuen Rechtsradikalismus. Damit wird die Debatte über grundlegende Veränderungen, die das Gegebene in Richtung des Besseren überwinden will, abgeschnitten. Die dramatischen technologischen Veränderungen durch die Digitalisierung verweisen zudem als unkontrollierter Prozess auf die Notwendigkeit, sie demokratisch unter Kontrolle zu bringen. Habermas hat sich erst kürzlich für eine stärkere Polarisierung der Öffentlichkeit ausgesprochen, damit politische Unterschiede und Alternativen im Blick auf die Lösung der vor uns liegenden Probleme deutlicher erkennbar werden. Er meinte damit gewiss nicht die personalisierte und irrational aufgeheizte Polarisierung der Gesellschaft durch den Trumpismus.

Der Getreidespeicher „Die Eiche“ an der Untertrave

Rin Beitrag zur Geschichte von Baustruktur und Nutzung

Von Rudolf Ernst

An der Untertrave steht der Kornspeicher „Die Eiche“, ein markantes Backstein-Gebäude im gotischen Stil. Die Geschichte des Gebäudes wird den meisten Lesern, zumindest in groben Zügen bekannt sein, aber kaum jemand weiß heute noch, wie hart es damals war, in so einem Gebäude Getreide zu lagern oder umzuschlagen.



Die Eiche, Lübeck (Fotos: R. Ernst)

Kurz nach der Gründung des Deutschen Kaiserreiches beginnt der Getreideimport rasant zu wachsen. Innerhalb von 10 Jahren steigt die grenzüberschreitend gehandelte Menge um 1.000 %. Die Firma Mann kann an diesem Boom partizipieren und die jährlich gehandelte Menge knapp verdreifachen. Thomas Johann Heinrich Mann, der Vater der Brüder Mann, verdient in dieser Zeit sehr gutes Geld und baut damit im Jahre 1873 den Speicher „Die Eiche“.

Auf den ersten Blick sieht der Bau aus wie viele andere Speicher aus dem 19. Jahrhundert, im zentralen Mittelteil kann man die typischen Ladeluken erkennen, die heute zu Fenstern umgebaut sind, und oben im Giebel die Reste der Windenanlage, mit der das Getreide gefördert wurde. Auf den zweiten Blick unterscheidet sich „Die Eiche“ aber doch von typischen Norddeutschen Hafenspeichern, nämlich durch die große Anzahl von Fenstern mit Klappläden in der Straßenfront. Schaut man noch etwas genauer hin, dann wird einem klar, dass die Anzahl der Geschosse bzw. der Böden, wie man früher im Hafen sagte, im Vergleich zur Gebäudehöhe sehr groß ist. Der Speicher verfügt über insgesamt 7 Böden, und die Geschoßhöhe ist deswegen vergleichsweise gering. Das verrät dem Fachmann, dass er

einen alten Getreidespeicher vor sich hat. Die Fenster mit den Klappläden dienten der Belüftung, weil erntefrisches Getreide zunächst relativ feucht ist und unbedingt getrocknet werden muss, damit es nicht schimmelt oder zu faulen beginnt. Wenn das Wetter im Spätherbst kälter wurde, dann musste man das Getreide erneut lüften, damit die eingeschlossene Luftfeuchte im Getreide nicht kondensiert und Fäulnisnester hervorruft. Getreide „lebt“ und muss von erfahrenen Quartiersleuten oder Kornumstechern regelmäßig überprüft werden, um Verderb zu verhindern. Wenn man nicht aufpasst, dann breiten sich solche Nester



Handwinde mit doppeltem Handrad, aus einem Hamburger Hafenspeicher. Das große Handrad bietet bis zu 4 Männer Platz, für sehr schwere Lasten.



aus und alles ist verdorben. Im schlimmsten Fall können diese Prozesse zur Selbstentzündung führen. In modernen Getreidesilos werden diese Aufgaben von Temperatursensoren und elektrischen Gebläsen erledigt, aber Strom gab es 1873 noch nicht.

Die niedrigen Deckenhöhen und die große Anzahl der Geschosse erklären sich dadurch, dass man Getreide damals nicht besonders hoch aufschichten mochte, weil man kleinere Stapel besser lüften und umschaukeln konnte. Ja, Sie haben richtig gelesen: umschaukeln. Getreide wurde damals zwar häufig in Säcken geliefert, aber wenn man Getreide länger lagern wollte, dann schüttete man es aus. Dazu waren die Böden solcher Getreidespeicher meistens mit Holzwänden in Boxen unterteilt, in die man das Getreide partieweise sortiert einschütten konnte. Außerdem waren Säcke teuer, wurden deswegen gerne von spezialisierten Sackverleihern nur für den Transport geliehen und danach schnellstmöglich zurückgegeben. Das war arbeitsintensiv und nur deswegen möglich, weil Hafentarbeiter wie die Kornträger im Vergleich zum Warenwert sehr viel weniger verdienten als heute.

Damals kostete eine Tonne Weizen rund 150 Mark, bei einem Lohnniveau von rund 600 Mark pro Jahr. Ein Arbeiter musste also rund 3 Monate arbeiten, um eine Tonne Weizen bezahlen zu können und aß deswegen mit seiner Familie lieber Roggenbrot, weil das billiger war. Heute kostet Weizen rund 215 Euro pro Tonne. Man muss also keine 3 Tage Arbeit zum Mindestlohn leisten, um diese Menge bezahlen zu können. Das sind nur noch 5 % der Zeit, die man in den 1870er-Jahren dafür hätte aufwenden müssen. Früher war also doch nicht alles besser und ganz bestimmt nicht billiger. Denken Sie bitte nochmal daran, wenn Sie im Supermarkt vom Brotregal stehen und die Preise vergleichen.

Das Leben der Kornträger war hart, den Gabelstapler gab es noch nicht. Aber wie genau „trugen“ sie eigentlich Korn? Nun, der Kornträger machte einen krummen Buckel und bekam den Sack von seinen Kollegen auf den Rücken geschoben, dann wankte er breitbeinig davon. Im schlimmsten Fall wog so ein Sack 100 Kilo, das waren die sogenannten Doppelzentnersäcke. Wehe dem, der so einen Sack fallen ließ, denn allein bekam man den nicht wieder hoch. Wann immer es möglich war, benutzte man natür-

lich handgeschobene Sackkarren. Wer einen modernen Rollkoffer besitzt, der weiß, dass Rollen sehr viel leichter ist als Heben.

Manchmal wurde Getreide auch lose, also ungesackt angeliefert in Schiffen oder Schuten. Heute wird so eine Ladung in ein paar Stunden mit dem Elevator aus dem Laderaum gesaugt. Damals schaufelte man die Ware in Weidenkörbe, schleppte oder karrte die Körbe von der Kaikante an der Trave über die Straße, hob sie mit der Handwinde auf den Speicherboden und schüttete sie dort wieder aus.

Wollte man Ware aus dem Speicher verladen, schaufelte man es wieder in Körbe oder Säcke, ließ es mit der Winde wieder herunter und wuchtete es in den Bahnwagen, eine Schute oder ein Seeschiff.

Die Winde war handbetrieben, es gab ja keinen Strom und keine Elektromotoren. Dampfmaschinen waren viel zu teuer und verbrauchten viel zu viel Kohle. Neben den lokalen Bauvorschriften war es vor allem die Leistungsfähigkeit dieser Handwinde, die die Höhe des Gebäudes begrenzte. Mehr als 7 Geschosse waren technisch einfach nicht möglich.

Und so kommt es, dass wir in den Hafenzentren der Ostsee mehrere Getreidespeicher aus dieser Epoche finden, die sich in ihren Grundzügen sehr ähnlich sind: Außenmauern aus rotem Backstein, Tragwerk innen aus Holzbalkendecken mit Holzstützen, 7 Geschosse, und in der Außenhaut so viele Fenster mit Klappläden wie möglich. In Wismar, zum Beispiel, steht der Thormann-Speicher von 1862, der nach den gleichen Prinzipien gebaut und bewirtschaftet wurde wie „Die Eiche“ in Lübeck.

Geht man in diese alten Getreidespeicher hinein, dann wundert man sich darüber, dass die Balken und die Pfeiler, welche die Decken tragen, vergleichsweise filigran sind. Alles ist viel zarter als das meterdicke Ständerwerk in der Hamburger Speicherstadt. Das liegt daran, dass Getreide eine geringe Schüttdichte hat und die Böden nicht so belastet wie zum Beispiel Zucker oder Salz. Die niedrige Deckenhöhe verhinderte sowieso, dass jemand versehentlich zu viel Getreide übereinanderstapelt und die schwachen Decken überlastet.

Wir sehen also, dass diese alten Getreidespeicher eine Wissenschaft für sich waren und dass in ihre konstruktive Auslegung sehr viel mehr Erfahrung und Überlegung geflossen ist, als es auf den ersten Blick den Anschein hat. Die Eiche repräsentierte den damaligen Stand der Lagertechnik in Deutschland und war trotzdem in ihrer Konzeption sehr konservativ.



Kaispeicher B in Hamburg. Links an der Ecke kann man das kleine Kesselhaus und hinter dem Werbetransparent den Rest des gekappten Schornsteins sehen.

Experimente können eben auch schief gehen: In Hamburg steht ein Getreidespeicher aus dieser Zeit, der für seine Zeit einfach zu modern und deswegen ein ziemlicher Fehlschlag war. Es ist der wunderschöne Kaispeicher B, der heute das Maritime Museum beherbergt. Der Kaispeicher B ist nur 5 Jahre jünger als „Die Eiche“ und wurde ebenfalls für den Getreideumschlag gebaut. Er bestand ursprünglich aus zwei Gebäudeteilen, einem konventionellen Bodenspeicher, wie es der Bau in Lübeck war, und einem Block von mehreren hölzernen Silozellen, die von einem dampfbetriebenen Elevator befüllt wurden. Dessen Dampfmaschine war im Betrieb viel zu teuer und wurde nach wenigen Jahren stillgelegt und ausgebaut. Noch war menschliche Arbeitskraft in Deutschland billiger als Kohle. Die hölzernen Silozellen im Kaispeicher B wurden zersägt und zu Speicherböden verarbeitet. Wer genau hinsieht, kann heute noch die Reste des ehemaligen Kesselhauses und des Schornsteines der Dampfmaschine sehen. Für das damalige Deutschland mag dieser Getreidesilo zu modern gewesen sein. In den USA war diese Technologie zu der Zeit schon lange ein alter Hut. Die ersten Getreidesilos mit dampfbetriebenen Elevatoren waren 30 Jahre vorher gebaut worden. In den USA war eben damals schon alles irgendwie größer und spektakulärer.

Wer heute in Lübeck vom Kornspeicher „Die Eiche“ an der Trave ein Stückchen stromabwärts geht, kann die riesigen Silos der Firma H&J Brüggemann sehen. Es sind nur ein paar Schritte, aber ein riesiger Zeitsprung. Dort werden tausende Tonnen Getreide vollautomatisiert und in Windeseile umgeschlagen. Was für ein Kontrast! Der Kornträger und sein Weidenkorb, sie haben ausgedient.

„Wir freuen uns sehr, einen jungen und renommierten Künstler gewonnen zu haben.“

Malte C. Lachmann wird im Sommer 2022 neuer Schauspielchef im Theater an der Beckergrube

Von Karin Lubowski



Künftiger Chef des Lübecker Schauspiels: Malte C. Lachmann (Foto: Olaf Malzahn)

Malte C. Lachmann ist ein junger Kerl. Im Schauspiel des Theaters ist er trotzdem schon ein alter Bekannter; ein guter noch dazu. Der Regisseur, 1989 in Marburg an der Lahn geboren, führte das Lübecker Publikum mit Inszenierungen wie „Monty Python's „Spamalot““ (2017), „Die Dreigroschenoper“ (2019) und „Alice“ (2020) von anarchischer Heiterkeit bis in finsternste seelische Verästelungen. Nun will er mehr. Offiziell am 1. August 2022 wird er Schauspielchef Pit Holzwarth, Jahrgang

1956, ablösen, der das Haus dann nach 15 prägenden Jahren verlässt.

Nein, tabula rasa wolle er auf keinen Fall im Lübecker Schauspiel machen. „Ich bin Fan von Pit Holzwarth“, sagt Lachmann. „Den musikalischen Schwerpunkt, den das Schauspiel unter seiner Leitung aufgebaut hat, wird es weiterhin geben, vor allem auch, weil der hilft, Schwellenängste abzubauen. Ich bin aber nicht Holzwarth, sondern Lachmann und deshalb wird es neue Impulse geben.“ Neue Impulse sind auch deshalb zu erwarten, weil die Staffelübergabe von Holzwarth zu Lachmann ein Generationswechsel ist. Viele Mitarbeiter, die jünger sind als er, wird der neue Schauspielchef nicht vorfinden. Angst bereitet ihm das nicht, an solche Situationen sei er gewöhnt, sagt Lachmann. „Ich bin seit meinem Studium der jüngste, das hat sich bei meinen Regiearbeiten fortgesetzt. Die Berufserfahrung habe ich ja dennoch. Und ich achte die Erfahrung älterer Kollegen.“

In der Tat hat er seit seinem Studium der Regie für Sprechtheater und Oper an der Bayerischen Theaterakademie August Everding und der Hochschule für Musik und Theater München (2008 bis 2012) einiges an Erfahrungen gesam-

melt. Lachmann war Stipendiat des Cusanuswerks und gewann mit seiner Inszenierung von „Schwarze Jungfrauen“ beim Körper Studio Junge Regie 2012. Im Jahr darauf wurde seine Hamburger Inszenierung „Protokolle von Toulouse“ zum Radikal Jung Festival eingeladen. Regie-Stationen waren: Semperoper Dresden, Thalia-Theater Hamburg, Düsseldorf Schauspielhaus, Schauspielhaus Bochum, Staatsschauspiel Dresden, Staatsschauspiel Hannover, Bayerische Theaterakademie München, Staatstheater Karlsruhe, Nationaltheater Timișoara, Theater Aachen, Staatstheater Oldenburg, Theater Trier, Theater an der Rott, Theater Osnabrück, Stadttheater Gießen, Theater Hof. Und eben das Theater Lübeck; seine hier erarbeitete „Dreigroschenoper“ wurde 2019 im Fachmagazin „Die Deutsche Bühne“ in der Kategorie „bestes Schauspiel“ nominiert.

Die Schnittstelle Sprechtheater, Oper und Musical ist eines seiner Markenzeichen. Da kommt ihm einerseits das von Holzwarth geformte hochmusikalische Ensemble entgegen. Zugleich plant Malte C. Lachmann aber auch mit intensiverer spartenübergreifender Arbeit und Eigeninitiativ-Projekten aus dem Ensemble über das Vorhandene hinaus. In beiden Sparten kennt er sich aus. „Es gibt Punkte, an denen man Schauspiel und Musik vernetzen kann, wenn man es denn will“, sagt er, „es gibt bereits Gespräche mit dem GMD und Operndirektor Stefan Vladar.“

Und er will den Dialog mit den Lübeckern darüber, was Theater soll und kann. „Diesen Dialog will ich schon im Laufe des kommenden Jahres suchen und rufe hiermit ausdrücklich dazu auf.“ Sein Theater soll verstärkt in die Stadtgesellschaft hinein, wenn möglich auch von den drei von ihm hochgeschätzten Bühnen des Hauses herunter in und an andere Orte.

Für Lachmann entschied sich der Aufsichtsrat einstimmig. „Wir freuen uns sehr, mit Malte C. Lachmann einen sehr jungen und zugleich deutschlandweit renommierten Künstler als neuen Schauspielchef gewonnen zu haben. Er hat die Mitglieder des Aufsichtsrates konzeptionell und mit



Eine Lachmann-Inszenierung in Lübeck: „Monty Python's „Spamalot““ (Premiere: 6. Mai 2017) (Foto: © Falk von Trautenberg)



Eine Lachmann-Inszenierung in Lübeck: „Die Dreigroschenoper“ (Premiere: 9. Februar 2019).
(Foto: © Jörg Landsberg)

seiner persönlichen Ausstrahlung ausnahmslos überzeugt“, so Peter Peterreit, Aufsichtsratsvorsitzender der Theater Lübeck gGmbH, „mit seinem künstlerischen Ansatz steht er für Kontinuität, setzt

aber zugleich neue Impulse.“ Die „gute Mischung aus Aufbruch und Kontinuität“ betont auch Caspar Sawade, Geschäftsführender Direktor des Theater Lübeck. Und Kultursenatorin Monika Frank erklärt: „Mit Malte C. Lachmann wurde ein neuer Schauspieldirektor gefunden, der besonderen Wert auf die Auseinandersetzung mit der Lebensrealität der Lübecker: innen in den unterschied-

lichen Stadtteilen und Milieus legt sowie auf einen offenen Austausch.“ Lachmann stehe für ein Stadttheater, das die Themen der Stadtgesellschaft aufgreift, in dem sich die Lübecker:innen wiederfinden und an dem sie teilhaben können.

Auch Lachmann hat Lob zu vergeben. „Lübeck ist eine Stadt, in die ich mich schon bei meinem ersten Aufenthalt sofort verliebt habe“, sagt er, nennt „die vielfältige Kulturszene, in der das Theater Lübeck ein zentraler Faktor ist, die aufgeschlossenen Menschen und die schönen und spannenden unterschiedlichen Stadtviertel.“ Und er freue sich auf das Ensemble und die Mitarbeiter:innen. „Selten habe ich erlebt, dass ein Theater so viel kann.“ Zur Bandbreite des Könnens trägt er hoffentlich bald wieder selbst öffentlich sichtbar bei: Die Premiere seiner neuen Lübecker Arbeit, der Inszenierung von Joshua Sobols „Ghetto“, ist wegen des Lockdowns seit November 2020 auf unbestimmte Zeit verschoben.



Eine Lachmann-Inszenierung in Lübeck: „Alice“ (Premiere 8. Februar 2020)
© Kerstin Schomburg



Eine Lachmann-Inszenierung in Lübeck: „Alice“ (Premiere 8. Februar 2020)
(Foto: © Kerstin Schomburg)



... angekommen!

www.zahnarzt-dr-buschmann.de
20 Jahre Zahnheilkunde in Lübeck

Miniimplantate, super fast Implantate, unsichtbare Prothetik,
Vollkeramik mit CEREC, Ästhetik in Zirkon made in Germany im DENTINATORIUM

Zahnarzt Dr. med. dent. Andreas Buschmann
Kronsfordter Allee 31a · 23560 Lübeck · 0451 - 388 22 00

Leserbrief

Betr. Heft 3, 13.02.2020, Beitrag Wißkirchen, Thomas Manns Doktor Faustus, Seite 48 ff.

Wißkirchens Skript ist gut und anregend. Es veranlasst mich dazu, den Doktor Faustus erneut zu lesen.

Und ja, die Geschichte des guten und bösen Deutschen in Thomas Manns Roman ist aktueller als gedacht. Den geistigen Kern der Kehrtwendungen Thomas Manns in seinen m. E. immer schon hochpolitischen literarischen Betrachtungen, hat Wißkirchen genau getroffen:

Es ist das Jahrhunderte alte unsägliche Denken in idealistischen Begriffen. Diese Begriffe sind es, die in Manns Werken die wahren Treiber sind. „Das Volk“, „die Demokratie“, „die Nation“, „das deutsche Wesen“ usw. Sie sind die treibenden Handlungseinheiten. Sie stehen hinter den Interessen und Bedürfnissen der Leberkühns und Zeitbloms. Es sind keine realistischen Figuren, die im Faustus beschrieben werden.

Deshalb erklärt auch Böckenfördes Diktum, auf das Wißkirchen zu Recht zurückgreift, um die Aktualität des Werkes zu belegen, die politische Betrachtungsweise Thomas Manns genau. Denn Böckenförde, der Schüler Joachim Ritters und Carl Schmitts, bemüht in seinem Diktum begriffliche Abstraktionen, z. B. „den freiheitlichen Staat“, als Treiber. Von den re-

alen Menschen als handelnden Personen ist auch dort nicht die Rede.

Diese begriffliche Vorgehensweise führt zu der abstrusen Folge, dass Böckenförde in seinem von Wißkirchen zitierten Diktum (1964) allen Ernstes die „Homogenität der Gesellschaft“ und „die moralische Substanz des Einzelnen“ bemühen zu müssen meint, um „den freiheitlichen Staat“ zu schützen!

Bei Carl Schmitt hieß das noch klipp und klar: „Zur Demokratie gehört auch notwendig erstens Homogenität und zweitens – nötigenfalls – die Ausscheidung oder Vernichtung des Heterogenen“. Gemeint waren die Juden. Dabei ist eben diese idealistische Wortmystik Böckenfördes – das mag verwundern – einer der wesentlichen Gründe für die Fake News Böckenfördes (z. B. „die Homogenität der Gesellschaft“) und seiner Vor- und Nachgänger im idealistischen Wortgebrauch damals und heute.

Und deshalb besteht – so lange diese Wortmystik kritiklos verwendet wird – immer eine faschistische Gefahr für den Rechtsstaat. Denn diese Denktechnik (das deutsche Volk, der deutsche Staat usw. als Handlungseinheiten) wird gerade von den Völkischen für ihre Ziele benutzt (vgl. michaelbouteiller.de/Präfaschismus-in-Lübeck, S. 39 f.)

Über diesen sträflichen Wortgebrauch sollte man dringend zum Schutze unseres Rechtsstaats aufklären! Nicht „der Staat“

nämlich schützt das Recht; dazu sind am Ende immer nur die Bürger:innen selbst in der Lage. Thomas Manns Roman jedenfalls ist m. E. nicht deshalb so lesenswert, weil seine Erkenntnisse uns gegen Fake News schützen würden.

Er muss gelesen werden, weil an ihm gut belegt werden kann, wie hilflos ein zutiefst bürgerlicher Dichter von internationalem Rang mit seiner idealistischen Wahrnehmungs-Brille den politischen und ökonomischen Kräften seiner Zeit ausgeliefert war und ist. Und weil sein Roman ehrlich offenlegt, welche Gefahren in den literarischen Träumen vom „Wesen“ eines „Künstlers“ aus Kaisersaschern lauern, verfällt Mann selbst immer wieder in Fake News.

Lesen Sie aber vielleicht zunächst „Lübeck als geistige Lebensform“, den Vortrag, gehalten am 6. Juni 1926, drei Tage nach Eintritt der größten politischen Katastrophe der Weimarer Republik für das präfaschistische Lübeck am 3. Juni 1926.

Drei Tage war es her, dass Bürgermeister Dr. Neumann zurücktreten musste, weil er beschuldigt worden war, in einem Putsch gegen die Reichsregierung Marx verwickelt und zum Reichskanzler vorgesehen zu sein. Thomas Mann fand dazu in seiner nur sich selbst lobenden und viel gepriesenen Festrede im Lübecker Theater kein Wort. Schweigen. Nichts als Schweigen. Die ihm bekannte Wirklichkeit seiner Heimatstadt wurde ausgeblendet. Fake News. *Michael Bouteiller*

Ein Weber-Jahr in Lübeck

1986 veranstalteten viele Teilnehmer eine große „konzertante“ Aktion

Von Günter Zschacke



Carl Maria von WEBER

Carl Maria von Weber (1786-1816)

Das Beethoven-Jahr ist vorbeigegangen – viel zu still für den großen Anlass. Corona hat die Konzerte gewaltig dezimiert und hierorts GMD Stefan Vladar und den Philharmonikern ihren so überzeugend gestarteten Zyklus der Beethoven-Sinfonien in der MuK verhagelt. Der wird nun wohl in Etappen komplettiert.

Das nächste große Komponisten-Jubiläum steht erst in fünf Jahren wieder an, also 2026: der 200. Todestag von Carl Maria von Weber. Es wird eines Meisters zu gedenken sein, der 16 Jahre nach Ludwig van Beethoven geboren und bereits ein Jahr vor ihm gestorben ist, der ganz anders innovativ war als exzellenter Pianist, Dirigent, Operndirektor – und als Komponist, zumal von Opern, im Aufbruch der Romantik. Inzwischen ist er leider viel zu

sehr vernachlässigt im Kanon der Rezeption immer wieder gebotener Werke.

Lübeck-Bezüge

Von Weber, 1786 in Eutin geboren und 1826 in Dresden gestorben, hat nachweislich nur drei kurze Lübeck-Bezüge: 1778 wirkte sein Vater Franz Anton hier als Musikmeister des Reichsstädtischen Theaters, 1802 und 1820 machte Carl Maria auf Konzertreisen hier Station.

Seine Musik haben die Hansestädter immer gepflegt. Und so gedachten sie seines 200. Geburtstags mit einem gro-

Redaktionsschluss

für das am 27. März erscheinende Heft 6 der Lübeckischen Blätter ist am Donnerstag, den 18. März 2021.

Ben „Ein Weber-Jahr in Lübeck“, an das hier einmal erinnert wird. Ein in Archiven vergilbender Folder – mit einem Vorwort von Bürgermeister Dr. Robert Knüppel – kündigt noch von der großen Aktion diverser Veranstalter, die ein engagierter Musikfreund zusammenführte: Zwischen November 1985 und Oktober 1986 fanden 20 Konzerte statt mit Werken dieses Komponisten und ein Vortragsabend.

Erstrangige Interpreten

Das (damals noch) Städtische Orchester unter GMD Matthias Aeschbacher bot in vier Sinfoniekonzerten mit erstrangigen Interpreten das berühmte „Konzertstück“ mit dem Pianisten Malcolm Frager, das Horn-Concertino mit Hermann Baumann, das 1. Klarinettenkonzert mit Hans Rudolf Stalder und unter dem Gastdirigenten Thomas Sanderling die „Euryanthe“-Ouvvertüre. In zwei Montagskonzerten im Audienzsaal spielten Orchestermitglieder das Klarinetten-Duo concertant und das Flötentrio.

Der Verein der Musikfreunde steuerte ein Konzert des Franz-Liszt-Kammerorchesters Budapest bei, das die Orchesterfassung des B-Dur-Klarinettenkonzerts mit Sabine Meyer bot. Daneben gastierten beim VdM Detlev Eisinger mit der 1. Klaviersonate und das junge Klavierduo Silvia Zenker/Ulrike Baumann mit „Pièces vierhändig“ aus op. 3 und 60. Und Evelinde Trenkner spielte in einem beeindruckenden Klavierabend die Originalversion der berühmten „Aufforderung zum Tanz“ sowie das Rondo brillante op. 65.

Hymne und Messe

Die Musikhochschule beteiligte sich mit einem großen Orchesterprogramm – „Oberon“-Ouvvertüre, „Preziosa“ – Schauspielmusik, 2. Klavierkonzert



Letzte Weber-Oper im Großen Haus war in der Spielzeit 2018/19 „Der Freischütz“ in einer umstrittenen zeitgemäßen Inszenierung von Jochen Biganzoli mit Maria Fernanda Castillo (Agathe), Tobias Hächler (Max) und Andrea Stadel (Ännchen, M.).

(Foto: Paul Leclair/TL)

(Solist Roland Keller, Dirigent Günter Behrens) – und mit „Schottische Nationalgesänge“, interpretiert von Studierenden. In Liederabenden brachten Weber-Weisen die Sopranistin Inge Weissenberger und der Tenor Peter Bartels. Die Sängergemeinschaft Lübeck und Umgebung nahm Weber-Chöre in ihr Jahressingen auf. Und in St. Aegidien bot Klaus Meyers zum Erntedankfest die großbesetzte Hymne „In seiner Ordnung schafft der Herr“ op. 36.

Einen erheblichen Anteil an diesem Weber-Jahr hatte Heinz Arlt mit drei Konzerten: In St. Martin, Cleverbrück, führte er die „Jubelmesse“ auf und mit dem Orchester des Johanneums das Klarinetten-

Concertino op. 26, die „Jubel-Ouvvertüre“, das Viola-Andante e Rondo ungarische sowie die Marcia vivace für 10 Trompeten.

Enorme Leistungsfähigkeit

Dieses Weber-Jahr kündigt von der enormen Leistungsfähigkeit der Lübecker Musikszene. Ob es 2026 – oder im Zusammenhang mit einem anderen Jubiläum – wieder zu so einem spannenden, informativen Reigen kommt, steht in den Sternen: Einerseits braucht es einen zielstrebigen Organisator, zum anderen hat die Pandemie in Sachen „Hochkultur“ zu einer Lethargie geführt, deren Überwindung noch sehr viel Kraft und guten Willen von vielen Seiten braucht.

Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit



Direktorin: Angelika Richter
Königstraße 5, 23552 Lübeck, Tel.: 58 34 48 0
Büro Montag bis Freitag in der Zeit von 9 bis 13 Uhr geöffnet

Stellvertretender Direktor: Titus Jochen Heldt

E-Mail: info@die-gemeinnuetzige.de

Internetadresse: www.die-gemeinnuetzige.de

Die Gemeinnützige

Bankkonto: Sparkasse zu Lübeck IBAN DE85 2305 0101 0001 0000 17

Impressum: LÜBECKISCHE BLÄTTER

www.luebeckische-blaetter.info

Herausgeberin: Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit, Königstraße 5, 23552 Lübeck, Telefon: 58 34 48 0. Verantwortlich: Doris Mührenberg.

Verantwortlicher Redakteur (V.i.S.d.P): Dr. Manfred Eichhölter, Telefon: (04 51) 5 80 83 24, E-Mail: info@luebeckische-blaetter.info

Die Zeitschrift erscheint 14-täglich außer in den Monaten Juli/August. Die Artikel stellen keine offiziellen Meinungsäußerungen der Gesellschaft dar, sofern sie nicht ausdrücklich als solche gekennzeichnet sind. Für den Abdruck von Artikeln und Fotos wird eine Vergütung nicht gewährt. Die Kürzung eingesandter Artikel bleibt vorbehalten. Einzelpreis: € 2,50. Für Mitglieder der Gesellschaft zur Beförderung gemeinnütziger Tätigkeit ist der Bezugspreis im Mitgliedsbeitrag enthalten.

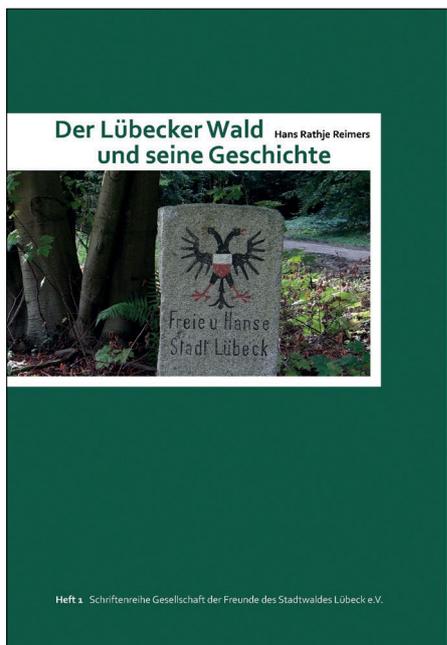
Verlag und Druck: Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG, Konrad Adenauer Str. 4, 23558 Lübeck, Telefon: 70 31-207.

E-Mail: info@schmidt-roemhild.de

Anzeigenredaktion (V.i.S.d.P): C. Kermel, E-Mail: ckermel@schmidt-roemhild.com, Telefon: (04 51) 70 31-279.

ISSN 0344-5216 · © 2021

**SCHMIDT
RÖMHILD** DEUTSCHLANDS
ÄLTESTES
VERLAGS- UND
DRUCKHAUS



DER LÜBECKER WALD UND SEINE GESCHICHTE

Hans-Rathje Reimers, Lübecker Förster i.R. mit über 40-jähriger Dienstefahrung, wird von seinen Vorstandskollegen der Gesellschaft der Freunde des Stadtwaldes Lübeck e.V. wie folgt charakterisiert: „Es gibt nichts, was man ihn über Waldbau und Forstgeschichte nicht fragen könnte!“ Mit Leidenschaft hat er jahrzehntelang gesammelt, gesucht und gefunden – Karten, Urkunden, Akten, Briefe und vieles mehr. Mit dem Buch „Der Lübecker Wald und seine Geschichte“ macht er sein immenses Wissen der Allgemeinheit zugänglich. Er verdeutlicht erstmalig und umfassend, dass die Geschichte Lübecks untrennbar mit ihrem Grund- und Waldbesitz verbunden ist und lässt die LeserInnen den Stadtwald mit ganz anderen Augen entdecken.

182 Seiten., zahlreiche Abb., sowie Zeichnungen
und Aquarelle von Ingrid M. Schmeck
ISBN 978-3-7950-5251-5, 15,00 €
Erhältlich in Ihrer Buchhandlung.

**SCHMIDT
RÖMHILD**

Max Schmidt-Römhild GmbH & Co. KG
Konrad-Adenauer-Str. 4 • 23558 Lübeck
Tel.: 0451/7031 232
E-Mail: vertrieb@schmidt-roemhild.com